

Wöchentlich 88 Bl., monatlich 3,80 M. im voraus zahlbar, Vierteljahr 4,32 M., einschließlich 60 Bl. Postzeitungs- und 72 Bl. Vertriebsgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschuss 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Rheinische Ausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Welt und Zeit“, ferner „Frauenstimme“, „Tehmit“, „Bild in die Bäderwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stechbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Dienstag
25. August 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konsumsteuern 80 Bl. Neufassung 5.— M. „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft 25 Bl. (zwei Heft letzte Heft) jedes weitere Heft 12 Bl. Robert L. Zarif, Zielvorgabe das erste Heft 15 Bl., jedes weitere Heft 10 Bl. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Korbwaren 30 Bl. Familienanzeigen Seite 45 Bl. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geneigter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Köhnhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. A. u. D. G. - G. e. l., Depositenk., Jerusalemstr. 63/66.

Koalitionskabinett Macdonald.

Die Mehrheit der Arbeiterpartei in Opposition.

London, 24. August. (Eigenbericht.)

Die Zusammenziehung der neuen nationalen Koalitionregierung unter Vorsitz Macdonalds wird offiziell nicht vor Dienstag bekanntgegeben werden. Es scheint jedoch schon recht festzustehen, daß von den bisherigen Arbeiterministern außer Macdonald noch Snowden, J. S. Thomas und Lord Sankey dem neuen Kabinett angehören werden, während für die Konservativen Baldwin, Neville Chamberlain, Sir Samuel Hoare und Lord Halifax und von den Liberalen Sir Herbert Samuel, Lord Reading und Sir Donald Maclean in die neue Regierung eintreten werden. (Lloyd George kommt persönlich wegen seiner schweren Erkrankung kaum in Frage.)

Die Exekutive der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften treten am Mittwoch zusammen. Es besteht kein Zweifel, daß die überwiegende Mehrheit dieser Körperschaften die Haltung der Ausgeschiedenen gutheißt und das Programm der Verbleibenden ablehnen wird. Der Generalrat der Gewerkschaften hat heute abend eine Erklärung veröffentlicht, wonach er keine Regierung unterstützen werde, die weitere Entbehrungen der Arbeiterklasse auferlegen würde.

In seiner Dienstag-Ausgabe nimmt der „Daily Herald“ in einem Leitartikel „Keine nationale Regierung!“ klar gegen Macdonald Stellung. Es heißt in dem Artikel, daß es sich bei dem neuen Kabinett Macdonald nicht um eine nationale Regierung handeln werde, denn die Arbeiterminister, die an diesem Kabinett teilnehmen, handeln

lediglich als Einzelpersonen

und nicht als bevollmächtigte Vertreter der Arbeiterbewegung. Es besteht kein Zweifel, daß die nationalen Organisationen der Arbeiterbewegung den Sanierungsplan ablehnen würden. Das Blatt fügt jedoch hinzu: „So sehr die Haltung Macdonalds und seiner Freunde falsch ist, so wissen wir doch, daß die Arbeiterbewegung als Ganzes groß und großmütig genug ist, um ihrer Aufrichtigkeit die Achtung zu zollen.“

Sodann spricht der „Daily Herald“ seinen Dank den neun Ministern aus, die durch ihren Rücktritt die Demission des Kabinetts herbeigeführt haben. Sie waren überzeugt, daß sie die Grenze der möglichen Konzessionen erreicht hätten.

Zum Schluß erklärt das Arbeiterorgan, daß die Federal Reserve Bank von New York die britische Politik durch die Forderungen diktiert, die sie der Bank von England für ihre finanzielle Hilfe unterbreitet habe.

Nur 30 Labour-Abgeordnete hinter Macdonald?

London, 24. August. (Eigenbericht.)

Die Regierung Macdonald hat am Montagmittag ihren Rücktritt beschlossen. Nachmittags um 5 Uhr erstattete Macdonald dem König Bericht. Der König nahm den Rücktritt an und beauftragte Macdonald mit der Neubildung einer Regierung, an der Vertreter sämtlicher Fraktionen des Parlaments beteiligt sein sollen.

Am Anschluß an die Unterredung zwischen dem König und Macdonald empfing der zurückgetretene Ministerpräsident die Führer der Konservativen und der Liberalen. Voraussetzungen sind das

neue Kabinett nur aus einer beschränkten Zahl von Ministern

bestehen. Von Macdonalds Mitarbeitern in der Arbeiterregierung dürfen dem neuen Kabinett u. a. angehören Snowden und Thomas, von den Konservativen Baldwin und Neville (nicht Sir Neville) und Chamberlain und von den Liberalen Herbert Samuel. Die einzige, aber schwerwiegende Aufgabe der Regierung soll in der Balancierung des Budgets bestehen. Das Sparprogramm sieht u. a. die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um etwa 10 Proz. vor. Mit diesem Programm beabsichtigt Macdonald, sich

Anfang September dem Parlament vorzustellen.

Die Lebensdauer des neuen Kabinetts soll auf die

Durchführung des Sparprogramms beschränkt bleiben. Im Parlament dürfte sich die Regierung reiflos auf die Stimmen der Konservativen stützen können, während die Liberalen kaum einheitlich für sie stimmen werden. Von der Arbeiterpartei dürften der Koalitionregierung Macdonald kaum mehr als 30 Abgeordnete Gefolgschaft leisten. Sobald das Programm zur Balancierung des Budgets verabschiedet ist, sollen Neuwahlen stattfinden. So lautet wenigstens der bisherige Plan. Die Entwicklung der Dinge kann sich jedoch noch erheblich ändern bzw. noch völlig über den Haufen geworfen werden.

Was Macdonald und die im Kabinett verbleibenden Labourminister zur Mitarbeit in der Koalitionregierung und zur Unterstützung einer ihren persönlichen Wünschen sicherlich nicht entsprechenden Sozialpolitik bestimmt hat, ist die Überzeugung, daß die für die Befundung der englischen Wirtschaft unbedingt notwendige

Erhaltung der Stabilität des Pfundes

nur auf dem eingeschlagenen Weg erfolgen kann. Es zeigt zweifellos von großem Mut, daß Macdonald diesen Kurs eingeschlagen hat. Aber der größte Teil der Labourabgeordneten im Unterhaus hält diesen Kurs für falsch. Die Lage des Landes ist nach der Ansicht der übergroßen Mehrheit der Labour-Fraktion nicht so, daß die Rettung zu einem wesentlichen Teil nur durch Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Sozialpolitik erfolgen kann.

Es kann als sicher gelten, daß die Exekutive der Labour-Party, die am Mittwoch zusammentritt, die Politik des bisherigen Führers verwerfen wird. Alle Anzeichen sprechen aber dafür, daß die Einheit der Partei, von einigen unbedeutenden Abspaltungen abgesehen, erhalten werden wird. Immerhin wird sie durch den Verlust ihrer besten Führer auf eine harte Probe gestellt. Henderson, der bisherige Außenminister, gehört zu den Ministern, die den Kurs Macdonald nicht mitmachen.

Die Einheit über alles!

Kritische Tage der englischen Arbeiterbewegung.

Für den außerhalb Englands wirkenden Sozialisten ist der Zusammenbruch der Arbeiterregierung Macdonald ein schmerzhaftes Ereignis. Wir Sozialdemokraten auf dem Kontinent mußten zwar von Anfang an, daß die britische Labourparty allein wegen der Tatsache, daß sie nur eine Minderheitsregierung bilden konnte, in ihrer Bewegungsfreiheit auf allen Gebieten stark gehemmt sein würde. Sie mußte sich jede fortschrittliche Vortage mit Zugeständnissen an die Liberalen erkaufen, auf deren Unterstützung oder zumindest Tolerierung sie angewiesen war. Eine rein sozialistische Politik, soweit sie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich ist, war schon aus diesem Grunde von ihr nicht zu erwarten. Dennoch ging ihr sichtbares und oft erfolgreiches Bestreben dahin, die Hoffnungen der Arbeiterklasse zu erfüllen und ihre Interessen wahrzunehmen. Es sei nur an die beiden Budgetvorlagen erinnert, die Philip Snowden als ihr Schatzkanzler dem Parlament unterbreitete und deren Annahme er durchsetzte: ihr Grundgedanke war, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse auch in Zeiten schwerster Wirtschaftskrise nicht anzutasten, dafür um so mehr den besitzenden Schichten weitgehende Opfer aufzuerlegen. Welch ein wohlthuender Gegensatz zu den Methoden, die in anderen Ländern, nicht zuletzt in Deutschland, in demselben Zeitabschnitt angewendet wurden!

Was uns Sozialdemokraten auf dem europäischen Festlande mit besonderer Beugung, ja mit Stolz erfüllte, wenn wir auf das Wirken unserer englischen Freunde in der Regierung hinwiesen, lag jedoch vor allem auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. In den fünf Jahren konservativer Herrschaft, die dem Regierungsantritt Macdonalds vorangegangen waren, konnte man in allen Ländern Fortschritte der nationalistischen, reaktionären und faschistischen Strömungen beobachten, die von London aus eher ermutigt als gehemmt wurden. Für die sozialistischen und demokratischen Kräfte der ganzen Welt war daher der Tag, an dem Macdonald und Henderson an die Stelle von Baldwin und

Sir Austen Chamberlain traten, ein Signal. Sie schöpften neuen Mut und konnten neue Kräfte sammeln zum Kampfe gegen die Reaktion. In den Zeiten der konservativen Außenpolitik waren die Abrüstungsbestrebungen zum Stillstand gekommen. Das Wettstreiten zur See zwischen den Vereinigten Staaten und England war im vollen Gange, den Forderungen des französischen Militarismus wurde von England aus keinerlei ernsthafter Widerstand entgegengesetzt. Die nationalen Minderheiten waren der Willkür faschistischer Regierungen schutzlos ausgeliefert. Selbst die Rheinlanderräumung, auf die das deutsche Volk seit Locarno mit berechtigter Ungeduld wartete, wurde von Frankreich mit englischer Duldung immer weiter hinausgeschoben. Das alles wurde mit dem Tage anders, an dem Macdonald und Henderson das Heft in die Hand nahmen. Konnte auch die Arbeiterregierung auf diesem Gebiete nicht alle berechtigten Hoffnungen mit einem Schlage erfüllen, die sich mit ihren eigenen Wünschen und Forderungen deckten, so brachte sie dennoch einen ganz neuen Geist in die Weltpolitik hinein, der sich verhältnismäßig bald in weitgehenden Teilerfolgen auswirken konnte. Immer wieder und zuletzt auf dem Internationalen Kongreß in Wien hat die Sozialistische Arbeiter-Internationale auf dieses segensreiche Wirken unserer englischen Freunde auf außenpolitischem Gebiet hingewiesen.

Nie wäre diese Tätigkeit notwendiger und wertvoller als gerade jetzt, wo die Wirtschaftskrise in die ganze Welt schwerste politische Unruhe gebracht hat. Aber gerade diese Wirtschaftskrise ist es, die die Arbeiterregierung zu Fall gebracht hat. Es ist die Tragik des englischen und des internationalen Sozialismus, daß Macdonalds Regierungsantritt im Juni 1929 gerade mit den Anfängen dieser Krise zusammenfiel. Sie war es, die auf innerpolitischem Gebiete, eben wegen der steigenden Arbeitslosigkeit und der dadurch vermehrten Sozialausgaben dem Willen des sozialistischen Ministers immer größere Hindernisse entgegenstellte. In den letzten Monaten hat nun diese Krise Formen angenommen, die sogar an die stärksten Pfeiler der kapitalistischen Wirtschaftsordnung rüttelte: die Bank von England wurde in ihren Grundfesten erschüttert, die englische Währung geriet ins Wanken. Damit war das gesamte Wirtschaftsgebäude des britischen Weltreichs gefährdet. Zu der innerpolitischen Unfreiheit, die die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse dem Labour-Kabinett auferlegten, kam die vielleicht noch schlimmere Abhängigkeit von der internationalen Hochfinanz hinzu. Angesichts der unausgesehenen, außenpolitisch begründeten Angriffen der Bank von Frankreich gegen den Goldbestand der Bank von England mußte London in der New Yorker Wallstreet um gut Wetter bitten. Das amerikanische Finanzkapital hat für seine Unterstützung der englischen Währung Bedingungen gestellt, auf die sich Konservative und Liberale gegenüber der Arbeiterregierung berufen konnten.

Daß die Arbeiterregierung daran gescheitert ist, wäre an und für sich ein betrübliches Ereignis. Wie sie gescheitert ist, das ist, was alle Sozialdemokraten der Welt mit besonderem Schmerz und noch größerer Sorge erfüllt: sie ist auseinandergefallen in einem offenen Konflikt zwischen einem Teil der Labour-Minister und den Gewerkschaften, die den weitaus stärksten Pfeiler der englischen Arbeiterbewegung bilden.

Die weitere Entwicklung ist es aber, die weit mehr als die bloße Tatsache des Rücktritts das Urteil der Sozialdemokraten auf dem Kontinent erschwert und sogar verwirrt. Auch wenn man bedenkt, daß die traditionellen Anschauungen über Geschlossenheit und Disziplin innerhalb der britischen Arbeiterbewegung von den unseren grundverschieden sind, ist es nicht ganz leicht, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß ein Teil der bisherigen Arbeiterminister unter Führung Macdonalds an einem Koalitionskabinett mit den Oppositionsparteien von gestern, mit den Konservativen und den Liberalen, zusammenzuwirken entschlossen ist, während die übrigen Minister des bisherigen

Kabinetts und mit ihnen die übergroße Mehrheit der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei in Opposition zur neuen Regierung stehen wird: Macdonald als Führer einer Koalitionsregierung, Henderson als Führer der Opposition gegen diese Regierung — fürwahr es ist nicht leicht, sich an diesen Gedanken zu gewöhnen und sich vorzustellen, was daraus werden soll!

Nur das Vertrauen in die Aufrichtigkeit und in die sozialistische Gesinnung Macdonalds und die von ihm selbst unterstrichene Tatsache, daß diese Lösung von begrenzter Dauer sein soll, lassen diesen Ausweg erträglich finden. Macdonald, Snowden und seine engeren Freunde müssen tatsächlich die Ueberzeugung haben, daß das Schicksal und die Wohlfahrt der englischen Nation auf dem Spiele stehen und daß es zur Zeit keinen anderen Ausweg gibt. Denn gerade Macdonald ist es gewesen, der sich stets gegen jeden Gedanken an eine Koalition auch nur mit den Liberalen auf das heftigste gestraubt hatte. Niemand, der ihn kennt, wird auch nur eine Sekunde daran zweifeln, daß ihm der neue Entschluß besonders schwer gefallen sein muß, und daß er dabei als Staatsmann einem kategorischen Imperativ seines puritanischen Gewissens folgt.

Wir deutschen Sozialdemokraten müssen natürlich vermeiden, auch nur den Anschein zu erwecken, als wollten wir uns in die Angelegenheiten der innerbritischen Politik im allgemeinen und der britischen Arbeiterpartei im besonderen einmengen. Unsere Aufgabe besteht nicht darin, über Handlungen von Personen und Organisationen der britischen Arbeiterbewegung zu richten, sondern sie zu begreifen und zu erklären. Es ist gewiß leichter, die Haltung der Gewerkschaften sowie der ausschließenden Arbeiterminister, die eine Sanierung der englischen Finanzen auf Kosten des arbeitenden und des erwerbslosen Proletariats verhindern wollten, zu begründen, als den Entschluß Macdonalds und seiner in der Regierung verbleibenden Kollegen. Wahrscheinlich werden die letzteren beweisen können, daß ihr Entschluß gerade vom Standpunkt der Arbeiterklasse das Kleinere Übel darstellt, daß das Sparprogramm der neuen nationalen Regierung weit geringere Opfer der Arbeiterschaft auferlegen wird, als wenn sie das Feld den Konservativen und Liberalen restlos überlassen haben würden.

Aber zu einer Feststellung fühlen wir uns in der gegenwärtigen kritischen Situation dennoch verpflichtet, gerade wir deutschen Sozialdemokraten, die aus eigener Erfahrung wissen, was es bedeutet, wenn die Arbeiterklasse gespalten ist: Höher als alle taktischen Notwendigkeiten, höher sogar als alle vorübergehenden materiellen Opfer, die die werktätigen Massen zu tragen haben, steht die Einigkeit der Arbeiterklasse. Sie ist nicht nur das wertvollste Gut der britischen Arbeiterklasse, die bisher das Glück hatte, sich gegen den kommunistischen Spaltungsbazillus immun zu halten, sie ist — eben wegen der überragenden Rolle der Labour Party in der ganzen internationalen Politik — ein kostbarer Besitz für die Arbeiterklasse der ganzen Welt. Mögen unsere britischen Freunde, gleichviel wie die einzelnen in der heutigen Situation auch stehen, sich dieser Tatsache in den kommenden schweren Tagen und Wochen stets bewußt sein!

Eine offizielle Erklärung.

London, 24. August.

Um 9.15 Uhr wurde der Presse folgendes offizielle Kommuniqué im Hause des Ministerpräsidenten übergeben:

„Der Premierminister hat, nachdem er von Seiner Majestät mit der Bildung der Regierung betraut und zum Handeln zugelassen worden war (der durch die Tradition jedem neuen Ministerpräsidenten als Zeichen des Vertrauens vorgeschrieben ist. Red.), heute nachmittag mit Mr. Baldwin, Sir Herbert Samuel und Philip Snowden über die Personen beraten, die dem König als Mitglieder der neuen Regierung vorgeschlagen werden sollen. Man ist in den Beratungen erheblich weiter gekommen. Das spezielle Ziel, für das die neue Regierung gebildet wird, ist, die Krise zu überwinden, in der sich die Nation im Augenblick befindet. Die Regierung wird

keine Koalitionsregierung im landläufigen Sinne des Wortes

sein, sondern eine Regierung der Zusammenarbeit zur Erreichung dieses einen Zieles. Wenn dieses Ziel erreicht ist, werden die politischen Parteien ihre jeweilige Stellung wieder beziehen. Um ohne weitere Verzögerung die Mehrausgaben des Staates über die Staatseinnahmen zu beseitigen, ist geplant, das Parlament am 8. September einzuberufen und dem Unterhaus Vorschläge für sehr bedeutende Kürzungen der Ausgaben und für die Beschaffung von Geldern zu unterbreiten, die auf allen gerecht werdender Grundlage erhoben, den Ausgleich des Staatshaushalts möglich machen werden.

Da die Wirtschaft und das Wohlergehen nicht nur der britischen Nation, sondern eines großen Teiles der zivilisierten Welt auf das Vertrauen in den Pfund Sterling aufgebaut und gegründet ist, wird die neue Regierung alle Schritte ergreifen, die ihr notwendig erscheinen, dieses Vertrauen unbeschädigt zu erhalten.“

Der billige Tarif.

300 Mark Geldstrafe für politischen Verleumder.

Hannover, 24. August.

Wegen Beleidigung des früheren Finanzministers Dr. Hilferding verurteilte das erweiterte Schöffengericht Hannover heute den politischen Redakteur der Niedersächsischen Tageszeitung, Organ der hannoverschen NSDAP, Dr. Joachim Haupt, zu 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Haft.

In einem Artikel am 24. März 1931 war behauptet worden, Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hätte als Aufsichtsratsmitglied des Reemtsma-Konzerns ein Jahresgehalt von 120 000 Mark bezogen, weil er während seiner Amtszeit als Reichsfinanzminister dem erwähnten Konzern 29,5 Millionen Mark Zigarettensteuern erlassen hätte.

Der Deutsche Volksbund in Ostoberschlesien hat dem Völkerbund eine ergänzende Denkschrift zugesandt, worin u. a. die Fortdauer der Besetzung und Erlaubnis der Bewaffnung des terroristischen Aufständischenverbandes festgestellt wird.

Ein geohrfeigter Nazi.

Die Kameraderie vom 9. August.

Kassel, 24. August. (Eigenbericht.)

In Rothenburg a. d. Tauba fand am Sonnabend eine Volksversammlung statt, in der Philipp Scheidemann sprach. Von den etwa 500 Versammlungsbesuchern waren mindestens 200 Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Versammlung nahm infolge dessen den üblichen Verlauf: es gab Störungsversuche und Krach von Anfang an.

Als nach der Rede Scheidemanns der Vorsitzende, Bezirkssekretär Hermann, eine Ansprache hielt, aus der die Volksentscheidungskameraden schließen konnten, daß eine Debatte nicht stattfinden sollte, weil man einen ruhigen Abschluß der Versammlung wünschte, veranstalteten sie einen Höllenpektakel. Sie benahmten sich wie Irrsinnige und stürmten schimpfend, brüllend und drohend nach dem Podium, auf dem außer Scheidemann sich noch zwei Personen befanden. Geführt wurden die Stürmgewaltigen von einem Nazi. Die Schimpfworte, die er Scheidemann zurief, waren ebenso sinnlos wie ordinär.

Als er unmittelbar vor unseren Genossen angelangt war und fortwährend schrie: „Wo ist die verdorrte Hand?“ verabschiedete sich Scheidemann eine so derbe Ohrfeige, daß er zurücktaumelte und vor Bestürzung nun den Mund hielt. Zwei Polizeibeamte, deren Energie und Ruhe alles Lob verdienen, räumten dann, ihre Gummihüpfel schwingend, den Saal. Von den 200 tobenden Radikalisten ließen die meisten, als sie den Gummi rochen, eilig davon.

Im Anschluß an die Versammlung kam es auch auf der Straße zu Krawallen. Ein Nazi namens Blum, von dem behauptet wird, daß er ein Attentat auf Scheidemann beabsichtigt hatte, wurde in der Nacht zum Sonntag verhaftet und nach Hersfeld transportiert. Der Bürsche hatte einen Revolver mit vier Patronen in der Tasche. Die Behörden gehen den Vorkommissen in Rothenburg bereits eifrig nach.

„Genossen“ vom 9. August.

„Die Fahne des Kommunismus“ erzählt vom Tode des Volksentscheiders:

Vor dem Wahllokal Engelfuser 24/25 (Gewerkschaftshaus) stehen

ein Kommunist und ein Nationalsozialist in trauter Gemeinschaft mit Plakaten, die zum Volksentscheid auffordern. Vorbei kommt ein Genosse des Leninbundes, der die beiden Plakatträger nach dem Wobin und Woher fragt. Das Mitglied der SPD. antwortet darauf:

„Das ist der Genosse von den Nazis, und ich bin Genosse der SPD.“

Die Strategen vom Chaos.

Kommunisten mit der Rattenfänger-Pfeife.

An den Plakatsäulen Berlins prangt eine große Ankündigung mit der schreienden Ueberschrift „Wollen die Kommunisten das Chaos?“ Die Frage wird nicht etwa mit einem glatten Ja beantwortet, sondern mit einer — Versammlungseinladung, in der es etwa heißt: „Herr Künstler und alle sozialdemokratischen Arbeiter sind eingeladen.“

Man möchte also für eine kommunistische Versammlung sozialdemokratischen Besuch haben. Darin wird man sich aber täuschen. Denn der auf dem Plakat namentlich aufgeführte Genosse Künstler hat der Berliner Bezirksleitung der SPD. durch Einschreibebrief folgenden Bescheid zugehen lassen:

„In den Berliner Anschlagssäulen haben Sie eine öffentliche Aufforderung zum Besuch einer von Ihnen einberufenen öffentlichen Versammlung an mich ergehen lassen.“

Sehr gern würde ich Ihrer Einladung Folge leisten, wenn Sie mich rechtzeitig von dieser Versammlung in Kenntnis gesetzt hätten. Da ich am Tage der Versammlung eine seit längerer Zeit festliegende dringende Verpflichtung habe, so bin ich zu meinem Bedauern leider außerstande, zu erscheinen.

Ich erwarte für die nächste Zeit eine rechtzeitige schriftliche Benachrichtigung.

Franz Künstler.“

Daß die sonst noch eingeladenen „alle sozialdemokratischen Arbeiter“ gar keine Lust verspüren, sich von den Bundesgenossen des Stahlhelms und der Nazis über das „Chaos“ unterrichten zu lassen, werden die Veranstalter des Reklametriebs bald merken. Sie müssen also schon einige Kapablen als Sozialdemokraten vertreiben, wenn sie die berühmte Opposition gegen die „Sozialfaschisten“ der Öffentlichkeit vorgaukeln möchten.

Mansfeld wieder in Not.

Erhöhung der Subventionszahlungen gefordert.

Im Rathaus zu Eisleben fand eine Kundgebung statt, an der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der wirtschaftlichen Verbände, der Gewerkschaften und der politischen Parteien beteiligt waren.

Es handelte sich um das Schicksal der Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb. Dieses Unternehmen mit seinen etwa 13 000 Arbeitern ist durch den neuerlichen Preissturz von Kupfer und Silber in starke Bedrängnis geraten. Bei den heutigen Metallpreisen ergibt sich ein monatlicher Verlust von 0,6 Mill. Mark, den das Unternehmen auf die Dauer aus eigenen Mitteln nicht decken kann. Vertreter der Gewerkschaften wiesen darauf hin, daß sich bei der heutigen Lage des Metallmarktes die Einführung eines staatlichen Kupfermonopols empfehle. Eine Stilllegung des Werkes würde eine Katastrophe für das ganze Mansfelder Land mit seiner Bevölkerung von 70 000 bis 80 000 Menschen bedeuten und die öffentlichen Finanzen mit hohen Unterhaltungs- und Fürsorgekosten belasten.

In einer Entschließung, die an die Reichsregierung und an die preußische Staatsregierung gerichtet ist, wird darauf hingewiesen, daß es zu einer Stilllegung der Mansfeld A.-G. aus Schwierigkeiten vorübergehender Art, die durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufen seien, nicht kommen dürfe. Die Betriebe seien technisch auf der Höhe. Aus allgemeiner wirtschaftlicher und aus sozialen Gründen sei eine Erhöhung der Subventionszahlungen (sie betragen zur Zeit höchstens 0,47 Mill. Mark monatlich) zur Erhaltung der Mansfeld A.-G. erforderlich und gerechtfertigt.

Die Steueramnestie.

Friftverlängerung für Vermögenserklärung.

Die Reichsregierung hat durch Verordnung vom 23. August die Frist für die Abgabe der Steueramnestie bis zum 16. September 1931 verlängert. Die Steueramnestie ist zugleich auf die Umsatzsteuer und Erbschaftsteuer (einschließlich Schenkungssteuer) ausgedehnt worden.

Steueramnestie erlangt nach der neuen Verordnung, wer sein Vermögen nach dem Stande vom 1. Januar 1931 sowie sein Einkommen 1930 richtig angegeben hat oder in einer Nachtragserklärung seine früheren Angaben berichtigt. War die Vermögenserklärung 1931 schon abgegeben, so kann sie nachträglich ergänzt werden. Auch kann die Vermögenserklärung 1931, sofern sie bereits abgegeben ist, wieder zurückgefordert und innerhalb der Amnestiefrist neu eingereicht werden. Wer das Einkommen, den Umsatz und den Gewerbeertrag von 1930 zu niedrig angegeben hat und diese Erklärungen berichtigt, muß hierfür Nachzahlungen leisten. Im übrigen braucht er Nachzahlungen für frühere Jahre nicht zu leisten, wenn er die für 1928 und 1929 verschwiegenen steuerpflichtigen Werte (Einkommen, Umsatz, Gewerbeertrag usw.) der Steuerbehörde nachträglich anzeigt. Wenn der Steuerpflichtige hierüber nicht mehr genaue Angaben machen kann, so genügt eine schätzungsweise Angabe. Die Anzeige über die bisher verschwiegenen Werte braucht nicht beim zuständigen Finanzamt gemacht zu werden, sondern kann auch bei einer anderen Behörde der Reichsfinanzverwaltung, z. B. Landesfinanzamt, eingereicht werden.

Die ausländischen Familienstiftungen können bis zum 31. Dezember 1931 aufgelöst werden, ohne daß die an sich bei der Auflösung erwachsende Schenkungssteuer erhoben wird. Außerdem tritt Steueramnestie ein für die bei der Errichtung der Familienstiftung erwachsende Schenkungssteuer. Werden solche ausländischen Familienstiftungen nicht aufgelöst, so soll das Einkommen und Vermögen der Stiftung als Einkommen und Vermögen des Errichters bzw. des Bezugsberechtigten angesehen werden. Diese Regelung ist notwendig geworden, weil ein volkswirtschaftliches Interesse daran besteht, das Vermögen der ausländischen Familienstiftungen der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen.

Totenschändung.

Deutschnationale zum 10. jährigen Todestag Erzbergers.

Die Deutschnationale Partei gedenkt des Tages der Ermordung Erzbergers durch neue Schmähungen sowohl des Toten als auch des Zentrums. Ihre Pressestelle höhnt, daß in Biberach „einige Prominente, darunter Herr Joos, das Andenken ihres einstigen Führers feiern“ und sagt dann weiter: „Was sie da feiern, bleibt vorläufig ihr Geheimnis. Etwa die Verklappung Deutschlands? usw.“

Dazu bemerkt der Pressedienst der Zentrums-Partei: „Diese Gehässigkeit und Boshaftigkeit ist ältestes Rüstzeug im Kampfe gegen Erzberger, das man heute noch für gut genug hält, um einen Toten im Grabe zu schmähern. Es versteht sich für den Sprachgebrauch, aber auch für die Einstellung der Deutschnationalen ganz von selbst, daß in der gleichen Notiz Erzberger als Schädling bezeichnet wird, ein Wort, das man in die Köpfe unreifer Menschen hineinhämmerte, bis sie fanatisiert zu dem Revolver griffen... Es ist tief traurig, daß in solchen bittersten Stunden derartige Gehässigkeiten noch parteiamtlich als „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“ platziert werden können. Diejenigen, die so etwas schreiben und etwas Derartiges dulden, sprechen über ihre Handlungsweise und über ihre Gesinnung selber das Urteil.“

„Dem Märtyrer der Republik“.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei wird am 26. August, dem Tage der zehnjährigen Wiederkehr der Ermordung Erzbergers, an seinem Grab in Biberach einen Kranz mit schwarzrotdorner Schleife und der Aufschrift „Dem Märtyrer der Republik“ niederlegen lassen.

Der Bremer Beamtenbankstandal.

Das Verfahren gegen die Vorstandsmitglieder.

Bremen, 24. August. (Eigenbericht.)

Die Justizpressestelle Bremen teilt mit: Gegen die verantwortlichen Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder der Beamtenbank Bremen sind bei der Staatsanwaltschaft verschiedene Anzeigen eingelaufen. Nach sofortiger Sicherung der für etwaige Straftaten in Frage kommenden Bücher und Urkunden haben polizeiliche Ermittlungen stattgefunden. Es sind auch die früheren Vorstandsmitglieder Kruse, Dr. H. Kumohr und Ehlers durch den Voruntersuchungsrichter vernommen worden. Auf Grund der bisherigen Ermittlungen ist nunmehr gegen die früheren Aufsichtsratsmitglieder Kruse, Dr. Kumohr und Ehlers sowie das frühere Aufsichtsratsmitglied Gustav Smet die gerichtliche Voruntersuchung beantragt worden, weil der Verdacht gegeben ist, daß sie absichtlich zum Nachteil der Genossenschaft gehandelt und sich gegen die Kontursverordnung vergangen haben, indem sie durch Differenzhandel mit Börsenpapieren übermäßige Summen verbraucht haben oder schuldig geworden sind und die Handelsbücher so unordentlich geführt haben, daß sie keine Uebersicht des Vermögensstandes der Beamtenbank gewährleisten.

Ob und inwieweit eine Ausdehnung der Voruntersuchung auf andere Straftaten und gegen weitere verantwortliche Mitglieder der Leitung der Beamtenbank beantragt wird, kann erst nach weiteren Ermittlungen in der Voruntersuchung gesagt werden.

Selbstabbau der Bürgermeisterei

88in, 24. August. (Eigenbericht.)

Die Bürgermeister des Sieg-Kreises haben beschlossen, auf 20 Proz. ihres Gehaltes zu verzichten, solange die augenblicklichen Verhältnisse andauern und eine durchgreifende Hilfe von Reich und Staat nicht erwartet werden kann. Dieser Schritt der Bürgermeister dürfte eine Ersparnis von 45- bis 50 000 RM. bringen.

Schulneubau in schwerer Zeit.

Ein Werk des Aufbaues und Fortschritts in Lichtenberg.

Im Bezirk Lichtenberg, in unmittelbarer Nähe des Stadtbahnhofes Neu-Lichtenberg, wird demnächst ein Schulneubau offiziell eingeweiht, dessen Durchführung in schwerer Zeit zu einem weithin leuchtenden Beweis schöpferischen Aufbaumillens geworden ist. Unter Führung des sozialdemokratischen Bürgermeisters hat das Bezirksamt Lichtenberg ein Werk geschaffen, das vielen Generationen, die diese Schule besuchen werden, zum Segen gereichen wird.

Gewiß mögen Rörgler die Ausgaben für den Schulneubau kritisieren, gewiß mögen sie über „Luxus“ zelern, fest steht aber, daß der Bezirk Lichtenberg noch zur rechten Zeit den Bau geplant, begonnen und durchgeführt hat, denn jetzt wäre überhaupt nicht daran zu denken, einen derartigen Bau zu errichten. So mag das Bezirksamt trotz aller unberechtigten Anfeindungen die Gewißheit haben, daß es nicht nur in Lichtenberg, sondern auch in Groß-Berlin unzählige Einwohner gibt, die an dem in der Notzeit errichteten Schulneubau ihre Freude haben.

Ein Teil des Schulneubaus ist jetzt nach den großen Schulfestlichkeiten bereits besetzt worden. Mit besonderer Freude verzeichnen wir, daß auch eine weltliche Schule hier ihr Heim gefunden hat. Da sei gleich vorweggenommen, daß diese 39. weltliche Schule bisher in unwürdigen Räumen untergebracht war, und es bleibt nur zu bedauern, daß diese alten Räume weiter für Schulzwecke benutzt werden müssen. Daß die alten Schulräume noch weiter benutzt werden müssen, ist die Schuld eines Systems, das vor dem Kriege herrschte und für alles Geld hatte — nur nicht für anständige Volksschulgebäude. Bei der ersten Gelegenheit haben Sozialdemokraten wie so oft auch hier für die Jugend des Volkes das Mögliche geschaffen, und wir sind überzeugt, daß es erhalten und ausgebaut wird. Die Fehler und Sünden der alten Zeit lassen sich natürlich nicht in wenigen Jahren ausmerzen, dazu bedarf es vieler Zeit, dazu bedarf es eines harten Willens, all die Widrigkeiten zu überwinden. Und in der jetzigen Wirtschaftskrise wird es gar zu einem vorübergehenden Stillstand kommen, aber es muß mit Mut und Entschlossenheit daran festgehalten werden, in Zeiten des Aufstiegs wieder Neues und Gutes zu schaffen.

Gang durch den Schulneubau.

Bei einem Gang durch den Schulneubau ist festzustellen, daß er zweckmäßig und modern, aber ohne jeden Luxus, ohne jeden unnötigen Aufwand durchgeführt wurde. Selbstverständlich ist alles da, was zu einer modernen Schule gehört. Die unzähligen Klassenzimmer sind hell und luftig, sie sind mit Tischen und Stühlen ausgestattet, wie sie nach den Erfahrungen der Erzieher gefordert werden. Die Wände sind mit freundlichen Farben gestrichen und die Beleuchtung ist zweckmäßig angebracht. Das Problem der Schüleregarderobe, das in vielen Schulen Kopfschmerzen bereitet, ist gut gelöst: Für jeden Klassenraum gibt es einen verschließbaren Garderobenschrank auf dem Korridor. Der Schrank, der ein Symbol dafür sein kann, mit welcher Fürsorge man bei dem Schulneubau an die Kinder gedacht hat, hat zusammenklappbare Türen, und es ist durch sinnreiche Konstruktion dafür gesorgt, daß sich die Kinder nicht ihre Finger einklemmen können. Vorgesorgt ist besser wie nachbedacht — haben sich die Erbauer der Schule gefolgt, und so haben sie im Kleinen wie im Großen das Zweckmäßigste und Beste geschaffen. Wie vieles wäre uns erspart geblieben, wenn das frühere System auf dem Gebiete des Schulwesens und auf all den anderen Gebieten ebenso gehandelt hätte!

Selbstverständlich fehlt es in dem Schulneubau auch nicht an den erforderlichen Nebenräumen, die in den alten Schulen meist nicht vorhanden sind. Weltliche Schule, Mittel- und Berufsschule, die in dem Schulneubau untergebracht sind, be-

nutzen gemeinsam die Physik- und Chemiezimmer. Hier hat man in ausgezeichneter Weise gezeigt, wie gespart werden kann, ohne den Zweck zu beeinträchtigen. Das Rüst des Chemielehrers zeigt so recht deutlich, wie sich auch der Unterricht gewandelt hat: Am Platz des Lehrers findet man so viele Schalter und Anschlüsse für Gas und Elektrizität, so daß der Laie viel fragen muß, wenn er hinter die Geheimnisse dieses Rüstes kommen will. Ja, wir leben in der Zeit der Technik, und die Technik ist in die Schule unserer Zeit eingedrungen.

Auch in den Werkräumen der weltlichen Schule ist zu sehen, wie sich der Unterricht entwickelt hat. Maschinen und Werkzeuge aller Art stehen den Schülern und Schülerinnen zur Verfügung, und es kommt oft vor, daß die Handwerksmeister gern einen Jungen, der durch den Handfertigkeitsunterricht dieser Schule gegangen ist, für die Lehre vorziehen. Wie das Physikzimmer mit Modellen und Lautsprecher-Anschluß, so findet man auch eine Dunkelkammer und Projektionsapparate vor, Büchereien, Lehrmittel- und Handarbeitszimmer sind für jede Schule in der erforderlichen Zahl vorhanden; auch Elternzimmer, Lehrer- und Rektorzimmer in einfacher aber zweckmäßiger Einrichtung.

Ausdruck einer neuen Zeit.

Einen Kernpunkt der Schule stellt die Aula dar, die etwa 2000 Menschen faßt. Für eine Schule dieses Umfanges ist sie nicht zu groß. Hier wird die Schule ihre Feste und Feiern abhalten, und die Aula wird auch sonst der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Eine modern eingerichtete Bühne und die freitragende Decke sind Beweise dafür, daß man mit den neuesten Errungenschaften der

Technik das Beste geschaffen hat. Ein Blick in die Abteilungen der Berufsschule lehrt, daß man gut eingerichtete Schmiede-, Schlosser- und Tischlerwerkstätten hat, in denen die Ausbildung der Qualitätsarbeiter bestens vervollkommen werden wird. Mit Transmissionen und Automaten, mit Drehbänken und Werkzeugen sind diese Werkstätten ausgestattet, so daß die Berufsschüler alles kennen lernen werden, was nötig ist.

Beim Abschied aus der Schule wirft man noch einen Blick in den großen geräumigen Hof, der den Schülerinnen und Schülern Gelegenheit gibt, sich in den Pausen zu ergehen und zu erholen.

Die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts errichtete alte Schule, von der wir oben berichteten, steht eingesperrt in einer engen und lärmvollen Straße, mitten unter anderen Häusern, die Schulräume sind dumm und niedrig und auch die sorgsamste Pflege vermag da nicht viel zu helfen. Diese alte Schule ist eben der Ausdruck einer alten Zeit, die nie mehr wieder kommen wird.

Wie frei und offen dagegen steht die neue Schule — der Ausdruck einer neuen Zeit. Und daß der Geist immer neu und jung sein wird, dafür bürgt nicht zuletzt die Tatsache, daß in dem Schulneubau auch eine weltliche Schule mit einem modern denkenden und handelnden Rektor und Kollegium ihr Heim hat. Möge der freie und menschliche Geist dieser Schule in dem ganzen Schulgebäude wohnen. Das herrliche Gebäude hat es voll und ganz verdient!

50 000 besuchen die Funfstadt.

Die Große Deutsche Funtausstellung und Phonoschau Berlin 1931 scheint die Besucherehre aller Veranstaltungen der früheren Jahre schlagen zu wollen. Nach dem glänzenden Auftakt des Eröffnungstages wies auch der Sonnabend gegenüber dem Vorjahre eine 20prozentige Besuchersteigerung auf, und der Sonntag brachte der Funfstadt mit über 50 000 Besuchern den bisher größten Tag aller Funtausstellungen seit 1924.

Weltstadt oder Dorf?



Der eingeschrumpfte Stadt- säckel zwingt zu Einschränkungen auf allen Gebieten, auch auf dem des Straßenbaus. Immerhin mutet es sonderbar an, wenn man auf unserem Bilde die Neuanlage einer Straße sieht, die nur halb und stückweise fertiggestellt wird. Es handelt sich um das Ende der Kreuznacher Straße in einer Länge von etwa 200 m zum Breitenbachplatz. Diese kurze Strecke wird nur in der Hälfte des Fahrdammes asphaltiert. Immerhin werden die Anwohner dem Magistrat dankbar sein, daß sie nunmehr trockenen Fußes zum Untergrundbahnhof gelangen können.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Schmet.

12) „Dürfte ich, verehrter Herr Kammerfänger, mir erlauben, Ihnen einen Geburtstagsgnugat anzubieten?“

Herr Ziege gewinnt sichtbar an Menschenwürde.

„Gern!“ Manfred strahlt Liebenswürdigkeit aus.

Marie Caspari macht sich so klein wie möglich. Wenn er mich nur nicht sieht! Dieser Wunsch zermartert ihr Hirn. Er darf nicht wissen, wie wir leben. Mag würde mich umbringen. Die Zoppoter Kurterrasse taucht in der Erinnerung auf. Wie lange ist das schon her? Marie hat in den letzten Jahren des Leidens jedes Zeitbewußtsein verloren. Damals sangen Mag und Manfred in Danzig zusammen. Jeder trug den Marschallstab im Tornister, nur hat ihn Mag verloren. Für immer verloren?

„Hier ist eine laubere Tasse“, schmeichelt Fräulein Hingelmann. Allerdings fehlt dem Bruchstück keramischer Kunst der Henkel.

Herr Ziege gießt die Tasse und sein Glas gestrichen voll.

„Ihr Wohl, Herr Ziege! Weitere hundert Jahre!“

Manfred trinkt die Tasse ohne abzusehen leer. Herr Ziege folgt heroisch diesem Beispiel, wenn ihm auch die Augen tränen.

Für immer verloren? Die Stimme ist doch da. Sie wird sogar noch schöner, voller, runder. Mein Gott, vielleicht kann Manfred helfen. Waren sie damals nicht befreundet? Warum soll Manfred nicht helfen? Das Wort des großen Tenors vermag verlockende Türen spielend leicht zu öffnen, vermag Agenten und Intendanten plötzlich zu interessieren. Hier liegt eine Chance, vielleicht die Chance des Lebens.

„Besten Dank, Herr Ziege. Viel Vergnügen, meine Herrschaften. Grüß Gott!“

Manfred ist verschwunden.

Marie springt auf. Sie drängt sich zwischen die sich zuproftenden Herren Ziege und Christians hindurch, wirft beinahe Fräulein Hingelmann um, die ihr im Wege steht.

„Lassen Sie mich!“ tobt sie.

Fräulein Hingelmann schüttelt fassungslos den Kopf. Ist

die verrückt geworden? Oder steigt ihr der Curacao in den Hals? Sie weiß nicht, was sie von der sanften Marie Caspari halten soll.

Manfred ist nicht mehr auf dem Korridor. Marie reißt die Tür zum Treppenhaus auf und schreit verzweifelt: „Manfred! Manfred!“

Der Ruf gellt durch das Haus. Mit ein paar Sähen ist Manfred die Treppe heraufgestürzt. Er fühlt sich umschlungen und geküßt. Er hält eine halb Ohnmächtige in den Armen, die immer wieder stammelt: „Gott, ich danke dir, Gott, ich danke dir!“

Manfred versteht nichts.

„Was ist Ihnen?“ Dramatische Szenen schäht er daneben. Er schiebt das kleine Persönchen von sich. Das Gesicht sollte er kennen. Aber dieser herbe, schmerzliche getrümmte Mund...? Zwei graue Augen, in denen Tränen stehen, saugen sich an ihm fest. Die Lippen drabbeln Unverständliches.

„Manfred“, würgt es sich schließlich heraus. Und nach einer Pause: „Marie Caspari.“

Manfred schlägt sich heftig vor die Stirn, daß ihm der Hut ins Genick rutscht.

„Marie... du?! Was machst du hier? Wo ist Max?“

In seinem Kopf summt ein Bienenschwarm. Manfred sieht in diesem Augenblick wenig geistreich aus.

Marie lehnt sich an Manfred und streichelt sein Gesicht mit einer scheuen, liebevollen Gebärde.

„Ich arbeite bei deinem Schwager als Kontoristin.“ Und dann schüttelt es sie in unterdrücktem Weinen. „Mit uns ist es aus!“ Sie läßt die Hände sinken, die unkontrolliert hin und her baumeln. „Es ist aus.“ Ein hilfloses Lächeln sitzt um ihren Mund.

Manfred drängt sie in den Korridor zurück. Schritte nähern sich auf der Treppe.

„Was ist aus? Rede doch schon!“

„Max findet kein Engagement.“

In Herrn Zieges Zimmer wird ein dreifaches Hoch ausgebracht.

„Hat er die Stimme verloren?“

„Nein, aber er findet keinen Anschluß mehr.“ Und jetzt bricht es ungehemmt aus ihr. Es stört sie nicht, daß Paul neugierig in den Korridor schnüffelt. „Du sitzt oben, du hast es geschafft, du weißt nicht, wie die Dinge liegen. Max ist menschenscheu geworden. Er will niemand sehen. Als er von deinem Gastspiel hörte, machte er einen Selbstmordver-

such. Mit Gas. Ich war mit dem Kind ausgegangen, Gott sei Dank kamen wir rechtzeitig nach Haus. Jetzt ist die Gasrechnung noch viel höher als sonst. Warum hast du dich nie um uns gekümmert? Warum nicht? Wir waren doch Freunde, weißt du noch damals in Danzig?“ Aber sofort fühlt sie die Unsinngkeit ihres Vorwurfs, sie ergreift Manfreds Hand und will sie küssen. „Berzüh mir“, schluchzt sie auf.

„Marie, sei doch vernünftig. Ich bitte dich! Pardon, mein Fräulein, wir haben noch etwas zu besprechen.“ Damit dreht er Fräulein Hingelmann, die sich angelegentlich auf dem Korridor beschäftigen möchte, den Rücken zu. „Aber wie seid ihr in diese Stadt gekommen? War Max hier engagiert?“

„Nein. Als wir nicht mehr aus und ein wußten, wandten wir uns an meine Tante, und die nahm uns auf. Wenigstens haben wir jetzt nach ihrem Tod die Wohnung.“

Beide schweigen eine Weile. Marie sieht zu ihm auf, als ob von ihm die Erlösung kommt. Sie flüstert kaum hörbar: „Hilf uns, Manfred!“

Nach kurzer Ueberlegung fragt er: „Wo wohnt ihr?“

Marie nennt eine alte Straße in der City, nicht weit vom Büro. Manfred kennt die Straße noch von seiner Schulzeit her. Dort war ein Freund in einer trübsinnigen Pension untergebracht, in der es immer aufdringlich nach Kafen stank, und Manfred liebte diese Tiere nie.

„Gut, mach dich sofort frei. Ich gehe voraus.“

In einem Delikatessengeschäft kauft er zwei Flaschen Sekt. Gegen Melancholie hilft vorerst nur Alkohol. Er ist unsicher, wie er Max begrüßen soll. Nur den ersten Ausritt kommt es an. Max hat also den Anschluß verpaßt. Kein Wunder, schon in Danzig gefiel er sich als Eigenbrötler, der sehr schwer und mit vielen Vorbehalten Freundschaften schloß. Und auf die Freundschaften allein kommt es an, auf Diplomatie, überhaupt auf Schmiegsamkeit des Charakters. Begabung muß man haben, das ist die Voraussetzung, aber ohne Beziehungen nützt auch die größte Begabung nichts.

Die Straße hat sich nicht verändert. Die Zeit scheint spurlos vorübergegangen zu sein. Allerdings sind zwei einstöckige Häuschen verschwunden und haben Mietskasernen im modernen Sachlichkeitsstil Platz gemacht. Sonst träumt alles so weltentrückt wie früher. Dort, in jenem Haus mit den abgestohlenen Karyatiden wohnte Endrulat. So hieß doch der brave Knabe mit dem roten Schopf und der Sammlung von Sommerprosen über der Nase? Sein Vater hatte bei Insterburg ein Gut, das ständig unter einer Last von Hypotheken

lächelte.

(Fortsetzung folgt.)

Das ist noch ein Kavaliere!

Verächter des Geldes. — Zerrißene Hundertmarktscheine.

Im Mai lernte die 23jährige Kontoristin Elisabeth D. im Lunapark einen jungen Mann kennen, der sich sehr freigiebig zeigte. Er führte sie vom Lunapark aus in elegante Vergnügungslotale des Westens und spendierte ein Abendbrot mit Hummern und Sekt. Dabei prahlte er die ganze Zeit, daß er so wohlhabend sei wie kaum ein anderer und behauptete, daß er mindestens 100 000 M. in barem Gelde bei sich habe.

Um seiner neuen Freundin seine Verachtung des Geldes zu beweisen, zerriß er vor ihren erstaunten Augen einen Hundertmarktschein in kleine Fetzen. Nach ein paar vergnügt verlebten Stunden brachte der Kavaliere das junge Mädchen nach Hause und verabschiedete sich im Hausflur von ihr. Erst in seiner eigenen Wohnung merkte er, daß ihm der Abend doch viel mehr gekostet hatte, als er gerechnet hatte, da ihm 10 000 M. fehlten. Er erstattete sofort Anzeige und ließ in der Wohnung seiner neuen Bekannten eine Hausdurchsuchung abhalten, bei der auch 8000 M. in einem Bettposten versteckt gefunden wurden.

Die junge Kontoristin, die nun wegen Taschendiebstahls vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stand, gab ihre Tat unumwunden zu. Durch die Prahlereien dieses Mannes sei sie verleitet worden, ihm beim Abschied im Hausflur Geld aus der Tasche zu nehmen, da sie dachte, er bewachte dort nur Kleingeld auf, das er nicht vermissen würde. Zu ihrer eigenen großen Ueberraschung entdeckte sie in ihrer Stube, daß sie 10 000 M. in einzelnen Scheinen zerstückelt in ihrer Hand hielt. Sie habe daraufhin ihren Vater geweckt, der aber meinte, die Scheine seien sicher falsch. Aber am nächsten Tage wurden Vater und Tochter die 1000-Mark-Scheine anstandslos umgewechselt, so daß der Vater, nachdem er seiner Tochter genügend Kleider gekauft hatte, den Rest des Geldes in den Bettposten versteckte, um sie vor leichtsinnigen Ausgaben zu bewahren.

Elisabeth D. wurde nun wegen Taschendiebstahls zu zwei Monaten Gefängnis und ihr Vater, der schon vorherbestraft war, wegen Begünstigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Beiden Angeklagten wurde aber Bewährungsfrist zugesprochen, da sie durch den Leichtsinns ihres Mannes zu ihrer Tat verführt worden waren. Leider war der Hauptzeuge zu der Gerichtsverhandlung nicht erschienen, so daß das Gericht keine Auskunft über den Ursprung seines Barvermögens erhielt. — Ein seltsam anmutendes Gerichtsverfahren!

Die Attentatsfische.

Neuer Anschlag bei Regensburg. — 1000 Mark Belohnung.

Regensburg, 24. August.

Die Reichsbahndirektion Regensburg teilt mit: „In der Nacht zum 24. August, vermutlich zwischen 1.15 und 1.40 Uhr wurde auf der Hauptbahnstrecke Regensburg—Hof zwischen den Bahnhöfen Rothenstadt—Hof gegen eine Schwellen auf das Gleis Regensburg—Hof gelegt. Die Schwellen wurde von einem Zug, vermutlich D 227, erfasst und nach etwa zwei Kilometern, ohne irgendeinen Schaden angerichtet zu haben, abgeworfen. Die Täter sind unbekannt. Staatsanwaltschaft und Gendarmerie wurden sofort verständigt. Streifen dienst ist sofort eingeleitet worden. Für die Ermittlung der Täter fest die Reichsbahndirektion Regensburg unter Ausschluß des Rechtsweges eine Belohnung von 1000 M. aus. Unbedingte Geheimhaltung der Namen der Personen, die über die Tat Angaben machen, wird zugesichert.“

Dreifacher Kindesmord!

Von dem eigenen Vater erschossen. — Selbstmord des Täters.

Karlsruhe, 24. August.

In Kleinstadt spielte sich eine furchtbare Familientragödie ab. In der Familie des Schlächtermeisters Christian Schälbhammer kam es zu Streitigkeiten. Die Frau und die 18jährige Tochter versuchten daraufhin die Wohnung. Während deren Abwesenheit erschoss Schälbhammer seine drei Kinder im Alter von zwei bis neun Jahren. Darauf richtete er die Waffe gegen sich selbst und brachte sich einen tödlichen Kopfschuß bei.

Schreckenstat einer Frau.

Mutter erwürgt im Wutanfall ihre zwei Kinder.

Meißen, 24. August.

Am Sonntag hat die 23jährige Arbeiterfrau Koban in Scharfenberg bei Meißen ihre zwei Kinder im Alter von zwei und drei Jahren mit der Hand erwürgt. Die Ursache der grauenvollen Tat ist nicht in Nahrungssorgen zu suchen, sondern in einem Wutanfall der Frau, die bereits mehreremal ihren Mann und ihre Mutter mit dem Tod bedroht hat.

Die Folgen einer Bergeßlichkeit.

Ein empfindlicher Verlust traf in der Nacht zu Montag den Detonom des Alten Schützenhauses in der Neuendorfer Straße in Spandau. Kurz vor 12 Uhr war er in seine Privatwohnung hinüber gegangen, um aus dem Geldschrank Kleingeld zu holen. Er schloß den Schrank zwar ab, ließ aber, da er abgerufen wurde, versehentlich die Schlüssel auf dem Tisch liegen. Um 3 Uhr, als der Betrieb geschlossen wurde, fand der Detonom die Tür seiner Wohnung von innen verriegelt. Er verschaffte sich auf andere Weise Eingang und mußte nun feststellen, daß unbekannte Diebe den Geldschrank aufgeschlossen und daraus bares Geld und für 4000 Mark Silber- und Schmuckfachen gestohlen hatten. Wahrscheinlich haben die Diebe durch das Fenster beobachtet können, daß der Schlüssel vergessen wurde.

Der Löffelschlucker im Gefängnis.

Das wiederholte Verschlucken von Löffelstielen des Chauffeurmörders Kabeßig hat die Potsdamer Gefängnisverwaltung zu der Anordnung veranlaßt, daß der Gefangene seine Mahlzeiten nur in Gegenwart des Aufsichters einnehmen darf. Kabeßig darf weder Eßgeschirr, noch Eßbesteck in seiner Zelle behalten. Er benötigt alle Mittel, um seinen Gesundheitszustand so zu schwächen, daß er dauernd verhandlungsunfähig ist.

Die Sing-Akademie hat unter Leitung ihres Direktors Professor Dr. Georg Schumann mit ihren Lehrgängen wieder begonnen und beruht für das erste Konzertkonzert (18. Oktober) (Wittgenstein) Fändels „Jubel Marsch“ vor. Aufnahme singender Mitglieder Dienstags und Freitags von 16 bis 17 Uhr in der Sing-Akademie.

Skandal um private Wohlfahrt.

Verfälschung mit Devaheim / 480 000 M. unterschlagen / Schmiergelder!

Im Zusammenhang mit den Enthüllungen über die Zustände im Devaheim-Konzern ist jetzt eine schon weiter zurückliegende Angelegenheit zur Sprache gekommen, die mit der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtsanstalten, durch die sämtliche öffentlichen Wohlfahrtsgelder verteilt werden, in Zusammenhang steht.

Es handelt sich um eine vor zwei Jahren bei dieser Hilfskasse begangene Unterschlagung, der sich der Hauptbuchhalter Karholz schuldig gemacht hatte. Er hatte, wie bei einer Revision sich ergab, im Laufe seiner Tätigkeit bei der Hilfskasse rund 480 000 M. unterschlagen. Diese Veruntreuung, die sich, wie gesagt, vor zwei Jahren ereignete, war nicht zum Gegenstand einer Strafanzeige gegen Karholz gemacht worden, und zwar, wie seitens der Hilfskasse erklärt wird, sowohl aus dem Grunde, weil nicht die geringste Möglichkeit bestand, auch nur einen Pfennig des veruntreuten Geldes zu retten, und einen öffentlichen Skandal wollte man vermeiden. Karholz wurde fristlos entlassen, ging dann ins Ausland und wurde später nach seiner Rückkehr nach Deutschland wegen einer anderen Straftat zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, während die von ihm unterschlagene Summe von fast einer halben Million nach Darstellung der Hilfskasse von anderer Seite gedeckt wurde.

Der Zusammenhang zwischen dieser Affäre und dem Devaheim-Skandal liegt nun darin, daß merkwürdigerweise Generaldirektor Jeppel behauptet, er habe dem betrügerischen Hauptbuchhalter später Schmiergelder in Höhe von 26 000 M. zahlen müssen, damit er seine Drohung, Enthüllungen über die Zustände bei der Hilfskasse zu bringen, nicht wahr mache.

Ferner hat Jeppel über die Art, wie diese 26 000 M. verwandt worden seien, eine recht vermorrhene Darstellung gegeben, und es

besteht überhaupt der Verdacht, daß es mit dieser angeblichen freiwilligen Zahlung von Seiten Jeppels keine besondere Bewandnis hat. Bekanntlich hat Jeppel wiederholt behauptet, er besitze sich in den Händen von Erpressern, für die er erhebliche Summen aufwenden müsse, ohne daß die tatsächlich in diesem Sinne erfolgte Verwendung aller dieser Gelder restlos nachgewiesen ist.

Die Staatsanwaltschaft, der diese Angelegenheit bei der Hilfskasse erst jetzt zu Ohren gekommen ist, prüft augenblicklich diese Dinge nach und hat zu diesem Zwecke die Sicherstellung von Büchern der Hilfskasse veranlaßt.

Vom Schnellrichter verurteilt.

Am 9. August wurde der Streckenarbeiter Heinrich Kochanski aus der Schildhornstraße in Steglitz gelegentlich einer Räumung des Bülowplatzes mit einer Pistole betroffen. Vom Schnellrichter wurde er wegen unbefugten Waffenbesitzes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Während der Fahndung nach Kiebelkolonnen wurden am 19. August am Helmholzplatz der Radfahrer Hans Feder und der Mechaniker Max Tischmann, beide aus der Schlemmerstraße, im Besitze einer Stahlrupe angetroffen. Am 20. August wurden sie vom Schnellrichter mit je 3 Monaten und 3 Wochen Gefängnis bestraft.

Am 12. August wurde der Klempner Johann Franz, Kniprodestraße, am Bülowplatz festgenommen, weil er sich einer Beamtenbeleidigung schuldig machte. Wegen dieser Straftat verhängte der Schnellrichter eine Strafe von einer Woche Gefängnis.

Noch kann Berlin bauen.

Aber schon 50 000 Bauarbeiter brotlos! — Geld her für den Baumarkt!

In zwei Jertensitzungen hat sich der Arbeitsausschuß der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin soeben mit der Auswahl der Projekte befaßt, die mit Hilfe der Stadt Berlin in diesem Jahre erstmalig aus dem staatlichen Ausgleichsfonds in wesentlicherem Umfange zur Verfügung gestellten Mittel durchgeführt werden sollen.

Es handelt sich zunächst um die Verfügung über den für die Errichtung von Mietwohnungen im Etagenbau bereitgestellten 10-Millionen-Fonds. Bei äußerster Kürzung der Hypothekendotation für die einzelne Wohnung lassen sich aus diesem Betrage 4000 bis 4500 Wohnungen errichten. Beilehnungsanträge lagen aber für Projekte mit insgesamt 30 000 Wohnungen vor.

Die in den beiden Sitzungen ausgewählten Projekte werden mit aller Beschleunigung weiter vorbereitet und noch im Laufe dieser Woche dem Oberpräsidenten zur Entscheidung vorgelegt werden. Auch die Vorberingung der Beilehnungen, die aus dem 4-Millionen-Fonds für Etagenbau an den Berliner Randgebieten (ebenfalls staatliche Mittel) durchgeführt werden sollen, ist inzwischen erheblich gefördert worden. Auch hier sollen die Mittel, um der ebenfalls starken Nachfrage einigermaßen gerecht zu werden, weitgehend gestreckt werden. Es liegen Anträge für Objekte mit insgesamt 13 800 Wohnungen vor. Hier von werden aus dem 4-Millionen-Fonds unter günstigsten Voraussetzungen etwa 1400 Wohnungen erstellt werden können.

Nach alledem kann erfreulicherweise damit gerechnet werden, daß der Berliner Baumarkt auch für die zweite Hälfte des Baujahres wenigstens noch in bescheidenem Maße versorgt sein wird. Die Bauten, die aus den diesjährigen gemeindlichen Mitteln finanziert sind, befinden sich bereits in voller Abwicklung. Aus diesen Mitteln sind Bauvorhaben mit insgesamt 12 650 Wohnungen belegt. Hier von sind rund 2800 Wohnungen nach dem Stande vom 1. August d. S. bereits bezugsfertig hergestellt, 9500 Wohnungen befinden sich noch im Bau.

Dazu kommen weitere 670 Wohnungen, die auf Veranlassung der staatlichen Instanzen im erstmaligen und einzigen Vorgehens auf die für 1932 zu erwartenden Mittel ebenfalls bereits in Angriff genommen sind. Es handelt sich um Bauten der Gaggah und Gehag in Zehlendorf, die auf frühere Bewilligungen in Zusammenhang mit dem Untergrundbahnbau zurückgehen. Weitere etwa 2200 Wohnungen aus den Resten des Jahres 1930 stehen unmittelbar vor der Fertigstellung. Die Addition ergibt, daß nach dem Stande vom 1. August d. S. rund 12 400 Wohnungen zur Zeit dem Berliner Baumarkt noch Beschäftigung geben. In Hinblick auf die allgemeine Drosselung der Wohnungsbautätigkeit durch die erste Notverordnung vom Dezember 1930 mußten diese Ziffern verhältnismäßig noch als günstig angesprochen werden.

Es erwies sich als erheblicher Vorteil, daß die Stadt Berlin in den Vorjahren jeden Vorgriff vermieden hatte und ihr die diesjährigen stark reduzierten Mittel wenigstens noch in vollem Umfange zur Verfügung standen.

Trotz dieser relativ günstigen Verhältnisse sind in Berlin bereits annähernd 50 000 Bauarbeiter arbeitslos. Dieser Stand gibt zu so erheblicheren Besorgnissen Anlaß, als die noch in der Durchführung begriffenen Bauvorhaben überwiegend sehr weit fortgeschritten sind und kurz vor der vollständigen Abwicklung stehen.

Es muß also mit allen Kräften darauf hingewirkt werden, die staatlichen Mittel schleunigst dem Baumarkt zuzuführen. Außerdem läßt sich schon jetzt voraussehen, daß die für die zweite Hälfte des Baujahres aus dem Ausgleichsfonds bereitgestellten Mittel bei weitem nicht ausreichen werden, um den Baumarkt auch nur eine den geringsten Ansprüchen genügende Beschäftigung zu gewährleisten. Es wird alles daran gesetzt werden müssen, in allernächster Zeit für Berlin noch weitere Mittel freizubekommen.

Berliner Eilzug verunglückt.

Schweres Eisenbahnunglück in Duisburg.

Duisburg, 24. August.

Am Montagabend ereignete sich im Duisburger Hauptbahnhof ein Eisenbahnunglück. Der um 21.45 Uhr in Duisburg ankommende Berliner Eilzug fuhr auf einen im Hauptbahnhof stehenden Postzug auf, wobei die hinteren Wagen des Postzuges sowie die Lokomotive des Eilzuges beschädigt wurden. Bisher konnten zwei Beamte, die sich in den letzten Wagen befanden, in schwerverletztem Zustande geborgen werden. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Schwere Motorradunglücke.

Zwei Todesopfer.

An der Glienicke-Brücke in Potsdam ereignete sich, wie berichtet, am Sonntag ein schweres Motorradunglück. Der Fahrer des Rades, der Techniker Peter Ott, und seine Ehefrau aus der Waldenstraße in Moabit wurden schwer verletzt. Ueberrfahren und getötet wurde ein älterer Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Der Unbekannte ist nach dem Schauhaus in der Sophie-Charlotte-Straße in Charlottenburg gebracht worden. Er ist etwa 50 Jahre alt, von mittelgroßer Gestalt, hat graues Haar mit Glatze und trug ein dunkles Jackett und eine graue Hose.

Borntags gegen 10 Uhr fuhr auf der Charlottenburger Chaussee in der Nähe des Großen Stern der 45 Jahre alte Steinmetz Johann Maier aus Siemensstadt, Straße 85, Nr. 87, mit seinem Rade gegen einen Straßenbahnwagen der Linie 78, als er versuchte, dem Straßenbahnwagen auszuweichen. Er wurde so schwer verletzt, daß er bereits auf dem Transport zum Krankenhaus Moabit verstarb.

Der „Chang-Film“ im Planetarium. Bis zum 30. August läuft im Planetarium am Zoo der „Chang-Film“ um 5 und um 9 Uhr (außer Montags). Im Beiprogramm wird mit dem Zeich-Instrument der Sternhimmel über Indien gezeigt.

Der Spandauer Frauenmord.

Das getötete Mädchen hatte sehr schlechte Zähne.

Die Obduktion des Frauencopfes, der im Spandauer Grabert gegenüber den Deutschen Werken aufgefunden wurde, hat nach dem letzten Gutachten der Ärzte ergeben, daß der Kopf nicht, wie man annahm, schon mehrere Monate, sondern höchstens drei Wochen im Wasser gelegen hat.

Von besonderer Bedeutung für die polizeilichen Ermittlungen ist der Befund der Zähne, über den wir schon kurz berichteten. Nach den weiteren Feststellungen hat sich die Getötete niemals in Behandlung eines Zahnarztes befunden. Ein großer Teil ihrer Zähne ist durch Fäulnis ausgefallen. Dieser Sachverhalt läßt Rückschlüsse auf die sozialen Verhältnisse der Toten zu.

13 Nazis verhaftet.

Gegen 11 Uhr wurden am Saatwinkler Damm an der Mäderighrücke fünf Angehörige eines kommunistischen Vereins von etwa 30 Nationalsozialisten überfallen. 13 Nazis wurden festgenommen.

Weiterhin ist es an verschiedenen Stellen zu Verhaftungen von Angehörigen der radikalen Parteien gekommen.

Gefährliche Brücke in Fangschleuse.

Ein Lefer des „Vorwärts“ teilt uns mit: Ich machte am Montag eine Motorbootpartie nach Alt-Buchhorst. Auf der Rückfahrt passierte das Boot um 11.18 Uhr die Brücke in Fangschleuse. Bei der Durchfahrt löste sich vom Mauerwerk der Brücke ein großer Stein und fiel auf meinen Hinterkopf. Der Stein, der etwa 800 Gramm wog, hätte ein Kind leicht erschlagen können. Es scheint, daß man die lebensgefährliche Brücke dringend einer Renovierung unterziehen muß, ehe größeres Unglück geschieht.

Der Reichsverband für deutsche Jugendherbergen legt Wert auf die Mitteilung, daß es sich bei der Jugendherberge Finsterberge, in der kürzlich Kommunisten bei einem Führerübergang verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat unter Anklage gestellt wurden, nicht um eine Jugendherberge handelt, die dem Reichsverband angeschlossen oder im Reichsjugendherbergenverzeichnis enthalten ist. Vielmehr handelte es sich um eine den Kommunisten gehörende Unterkunftsstätte.

Reichsbahn und Arbeitsbeschaffung.

Wie weit kann die Reichsbahn heute Aufträge an die Wirtschaft erteilen?

Aus den Kreisen der freien Eisenbahngewerkschaften gehen uns folgende Darlegungen zu. Beseitigung der Subventionsmethode bei der Auftragsvergebung und im Tarifsystem würde viel neue Auftragserteilung ermöglichen. Das ist hier zu wenig berücksichtigt. Dennoch halten wir den Abdruck für notwendig.

Die Krise der deutschen Wirtschaft hat auch die Verkehrsleistungen im Personen- und Güterverkehr stark gelitten. Da von den Verkehrsbetrieben eine ganze Anzahl anderer Industrien abhängig sind, wirkt sich der Verkehrsrückgang wieder verschärfend auf die Krise aus. Diese Wechselwirkungen sind am stärksten bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft, und es ist verständlich, daß jetzt die Frage der Reichsbahnaufträge eine besonders große Rolle spielt. Es ist deshalb notwendig, Mögliches und Unmögliches zu erörtern.

Gerade für die Arbeiterchaft ist volle Klarheit notwendig, damit nicht auch hier unfruchtbare Gegensätze entstehen.

Die Reichsbahn ist der größte Kunde der deutschen Wirtschaft. Ihre Aufträge beziffern sich in normalen Zeiten jährlich auf rund 1 1/2 Milliarden Mark. Für ganze Industriezweige wie für den Lokomotiv- und Waggonbau sind diese Aufträge die Grundlage der Betriebe schlechthin; für andere, wie Schienenwalzwerke, Fabriken für Signalmesen u. a., sind die Reichsbahnaufträge für den Umfang der Produktion von größter Bedeutung. Es ist deshalb durchaus verständlich, daß sowohl die betreffenden Industrien wie insbesondere auch die dort beschäftigten Arbeitnehmer an der unge störten Aufrechterhaltung der Reichsbahnaufträge interessiert sind. Das trifft besonders auf die Krisenzeit zu, wo ganze Werke insoweit rückgängiger oder gestrichener Aufträge der Reichsbahn von der Gefahr der Stilllegung bedroht sind. So ist bekannt, daß die DRG ihre Aufträge an die Waggon- und Industrie eingestellt hat und dadurch viele tausende Angestellte und Arbeiter in schwerster Sorge um ihre Existenz leben. Die Reichsbahn könnte es nicht verantworten, wenn sie nicht so viel Aufträge als eben möglich an die Wirtschaft herausgäbe. Das ist ihre Pflicht als öffentliches Unternehmen und ein Gebot der Selbsterhaltung zugleich. Es entspricht auch den Forderungen, die gerade im „Vorwärts“ immer wieder und mit Recht vertreten wurden.

Die Streitfrage um die Beschaffungspolitik der DRG kann daher keine grundsätzliche sein. Bei dem starken Einfluß, den die Industrie im Verwaltungsrat der DRG besitzt, darf man schon damit rechnen, daß das Mögliche an Aufträgen herausgeholt wird. Es geht vielmehr um eine Frage des Ausmaßes.

Hier ist es nun überaus schwierig, sich ein richtiges Bild zu machen, zumal in der Krise, wo alle Berechnungen sich fast täglich ändern und das Finanzbild sich ständig verschiebt und weilt.

Die Reichsbahn bedauerlicherweise die Öffentlichkeit auch nur so informiert, wie es ihr paßt.

Das sachliche Bedürfnis ist natürlich maßgebend. Schon hier gehen die Auffassungen in den interessierten Kreisen stark auseinander. Weniger bestritten ist, daß z. B. die Bestellungen für Kohlen, Öle und andere Werkstoffe von der Reichsbahn eingeschränkt werden mußten, weil sich der Verbrauch mit dem Verkehrsrückgang verminderte und Vorräte vorhanden sind.

Sehr umstritten sind dagegen besonders jetzt die Lokomotiv- und Wagenbestellungen, da in diesen Industriezweigen große Betriebsstilllegungen angeordnet sind. Mit einem gewissen Recht wird das Bedürfnis der Reichsbahn nach neuen Wagen bezweifelt. Soweit dabei Personenwagen in Frage kommen, genügt eine Reise mit einem Fern-Sonderzug oder eine Fahrt z. B. in ländlichen Gegenden, um zu wissen, daß bei der Reichsbahn noch Wagen im Gebrauch sind, deren Ersatz einfach notwendig erscheint. Andererseits kann man bei Reisen ebenso leicht feststellen, daß Lokomotiven und vor allem Güterwagen in großen Massen unbenuzt auf Abstellgleisen stehen. Nach Angaben der Reichsbahn sind gegenwärtig rund 100 000 Güterwagen dem Verkehr entzogen und abgeliegt. Ebenso sind rund 3000 Lokomotiven dem Verkehr entzogen. Ein wirtschaftlich notwendiges Bedürfnis nach Fahrzeugen liegt also, abgesehen von etlichen Spezialtypen, nicht vor. Es kann der Reichsbahn nicht gut zugemutet werden, über ihre Finanzkraft hinaus oder auf Kosten dringenderer Bedürfnisse solche Anschaffungen vorzunehmen. Solche dringenderen Bedürfnisse sind aber vorhanden. So sind nach Mitteilungen der Reichsbahn noch 7000 bis 9000 Kilometer Schienenwege zu erneuern wenn auch nicht mehr auf den Hauptstrecken. Ebenso ist der weitere Ausbau des Sicherungswesens geradezu notwendig. Der Zustand der Gebäude, insbesondere der Brücken und Tunnel, erfordert ebenfalls noch manche wirtschaftlich notwendige Arbeit.

Es ist also richtig, daß bei der Reichsbahn noch die Möglichkeit zur Beschäftigung von eigenen oder fremden Arbeitern besteht, und die Reichsbahn könnte zur Erleichterung des Arbeitsmarktes durch Aufträge beitragen, ohne wirtschaftlich unproduktive Arbeiten ausführen zu lassen.

Vor allem das Reichsbahnpersonal selbst würde eine durchgreifende Erneuerung und Verbesserung des Fahrzeugparks begrüßen und davon Vorteile haben. Aber neben die Frage nach dem sachlichen und wirtschaftlichen Bedürfnis tritt wohl oder übel auch die entscheidende Frage nach dem Geld, d. h. der Finanzierung. Es hat keinen Zweck, um diesen Kern der Dinge herumzugehen. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, müssen folgende Tatsachen beachtet werden:

Die Einnahmen der Reichsbahn sind vom Jahre 1929 von 5,4 Milliarden auf 4,6 Milliarden im Jahre 1930 gesunken. Der Einnahmefall hat sich 1931 weiter verstärkt. Der Ausgabenrückgang weicht den Einnahmefall nicht auf. Eine Erhöhung der Einnahmen durch Tarifserhöhungen scheidet aus volkswirtschaftlichen Erwägungen und angesichts der Konkurrenz des Kraftwagens aus. Eine zusätzliche Finanzierung durch Anleihen oder durch Herausgabe von weiteren Bausparaktien ist jetzt nicht möglich. Es ist auch ersichtlich zu prüfen, wie weit die Reichsbahn noch weitere Zinsbelastungen durch Anleihen jetzt auf sich nehmen kann. Im Jahre 1929 mußte die Reichsbahn für Zinsen und Steuern usw. bereits einen Betrag von 739 Millionen, d. h. 13,8 Proz. der Betriebseinnahmen, ausgeben. Da diese Belastungen als fixe Kosten anzusprechen sind, steigt ihr Gewicht in dem gleichen Verhältnis, in

dem die Einnahmen sinken. Im Jahre 1930 betrug diese Lasten bereits 16,4 Proz. der Betriebseinnahmen. Solange die Belastung so hoch bleibt, kann die Reichsbahn nur durch Drosselung der Betriebsausgaben den Etat im Gleichgewicht halten.

Die Betriebsausgaben aber bestehen zu 65 Proz. aus Personalausgaben und zu 35 Proz. aus sachlichen Ausgaben. Jede Steigerung der letzteren geht also praktisch zu Lasten des Personaleinsatzes und führt entweder zu Arbeiterentlassungen oder zu einer weiteren Verschlechterung der ohnedies schon sehr niedrigen Eisenbahnerlöhne. Der Kreislauf der Dinge, wie er sich im kapitalistischen Wirtschaftssystem vollzieht, führt auch hier wieder dahin, daß jeder Druck sich zuletzt beim Arbeitnehmer auswirkt. Gerade bei der Reichsbahn braucht es gewiß nicht so zu sein; es könnten bei sozialer Einstellung und bei weniger Prinzipienpolitik noch manche Millionen für wirtschaft-

liche Zwecke freigegeben werden. In der großen Linie ändert sich aber dadurch nicht allzuviel.

Was der Reichsbahn am meisten helfen würde, wäre eine Entlastung von den zu hohen politischen Verpflichtungen, um dadurch einen größeren Teil ihrer Betriebseinnahmen für Auftragserteilungen frei zu bekommen.

Eine solche Entlastung hätte mit Subventionspolitik nichts zu tun. Während in der Vorkriegszeit die deutschen Staatsbahnen, umgerechnet auf die neuen Grenzen, für Steuern, Zinsen und sonstige politische Lasten 459,8 Millionen aufbringen mußten, beträgt die von der Reichsbahn heute hierfür aufzubringende Summe 1302,8 Millionen, also fast das Dreifache. Die Einnahmen aber betragen 1913 = 3057,7 Millionen gegen 4570,3 Millionen 1930, also nur das 1 1/2-fache. Für 1931 aber ist eine weitere Senkung der Einnahmen auf schätzungsweise 4000 Millionen zu erwarten. Sicher stehen einer politisch-finanziellen Entlastung durch die Finanzlage des Reiches auch große Bedenken entgegen. Es ist aber zu überlegen, ob es auch, vom Standpunkt des Reiches aus gesehen, nicht zweckmäßiger wäre, die Reichsbahn zu entlasten und dadurch der deutschen Wirtschaft notwendige und produktive Aufträge zuzuführen, als öffentliche Mittel in Form von Subventionen in die Privatwirtschaft hineinzustecken.

Brotpreis wieder erhöht!

Der Verkaufsfreie der Landwirtschaft.

Der Zweoerband der Bäckermeister Groß-Berlins hat mit Wirkung ab Montag, den 24. August, infolge der gestiegenen Mehlpreise den Brotpreis um einen Pfennig von 47 auf 48 Pf. erhöht. Am 10. August war der Preis von 50 auf 47 Pf. herabgesetzt worden.

Es muß auffallen, daß die Preiserhöhung jetzt erst bekannt wird, obwohl der Beschluß bereits am Freitag gefaßt wurde; bei der Herabsetzung hatte man größere Eile, den Beschluß der Öffentlichkeit mitzuteilen!

Daß diese Brotpreiserhöhung kommen mußte, war nach der Preisentwicklung für Brotgetreide in den letzten Wochen voraussehbar. Die Reichsregierung bemüht sich, auf allen Gebieten eine Inflation zu herbeizuführen; sie hat die Verantwortung für den rigorosen Bohn- und Gehaltsabbau übernommen, — das Versprechen zu durchgreifender Preisentlastung hat sie bisher nicht eingelöst. Insbesondere sind es die Maßnahmen des Herrn Schiele, die eine Senkung der Lebenshaltungskosten der breiten Masse verhindern.

Die Getreidepreise in Deutschland machen das zweieinhalb- bis dreifache der Weltmarktpreise aus, aber der Landwirtschaft sind diese Preise immer noch nicht hoch genug. Die jüngsten Maßnahmen der Regierung zur Kreditgewährung und Kreditverbilligung haben sie in die Lage versetzt, mit dem Angebot von Brotgetreide in bisher nicht erlebter Weise zurückzuhalten, so daß die Mühlen teilweise phantastische Preise bezahlen müssen, um nur den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Verteuerung des Brotes ist in einer Zeit, in der Löhne, Gehälter und Unterhaltungsätze rückwärts abgebaut werden, nicht zu verantworten.

Ende des Aluminiumsyndikats?

Schwierige Verhandlungen.

Wie aus Washington gemeldet wird, rechnet man dort damit, daß das europäische Aluminiumsyndikat am 31. Dezember dieses Jahres endgültig ablaufen wird, ohne erneuert zu werden.

Erst vor wenigen Wochen hatten in Paris Verhandlungen zwischen den Vertretern des Aluminiumsyndikats stattgefunden, und auch Besprechungen mit den Vertretern der zweitgrößten Weltgruppe fanden statt, nämlich der von der Familie Mellon beherrschten Aluminium Co. of America. Ein positives Ergebnis scheinen diese Besprechungen nicht gehabt zu haben.

Das Aluminiumsyndikat kam im September 1926 zustande. Mitglieder des Kartells sind die Gesellschaft Aluminium Français für Frankreich, die Vereinigten Aluminiumwerke (Wag-Konzern) und die Erstwerte A.-G. für Deutschland, die British Aluminium Co. in London für England und schließlich die Aluminiumindustrie A.-G. Neuchâtel für die Schweiz. Bei Abschluß des Vertrags war die Syndikatsdauer zunächst auf zwei Jahre bemessen, später wurde sie bis Ende 1931 verlängert.

Die Vertreter der großen europäischen Aluminiumgesellschaften haben sich seit Inkrafttreten des Syndikatvertrages alle Vierteljahre getroffen, um sich über die Höhe der Aluminiumpreise, Absatzentwicklung und auch über technische Neuerungen zu besprechen.

Drosselung der Gummigewinnung?

Gleich zahlreichen anderen Rohstoffen hat Gummi in den letzten Jahren einen katastrophalen Preissturz zu verzeichnen gehabt. Im Jahre 1913 wurde für ein englisches Pfund (453 Gramm) Rohgummi etwa 3,20 M. bezahlt; jetzt kostet es knapp 0,20 M.

Die zahlreichen Bestrebungen, die Gummigewinnung einzuschränken und dem Verbrauch einigermaßen anzupassen, sind bisher an der Unmöglichkeit der Interessenten gescheitert. Jetzt kommt aus Amsterdam wieder eine Meldung, nach der geplant ist, die Produktion von Malakka, Ceylon und Niederländisch-Indien um 25 Proz. gegenüber der von 1929 einzuschränken. So viel ist sicher — ohne Mitwirkung der Regierungen von Britisch- und Niederländisch-Indien geht es nicht. Fraglich aber ist, wie man auf die nicht unbedeutende Produktion der Eingeborenen einwirken will. Es bleibt abzuwarten, ob man alle Interessenten für diesen Plan gewinnen wird.

14,5 Milliarden Lebensversicherungen.

Der Aufschwung im Lebensversicherungsgeschäft hat sich nach der Statistik des Verbandes Deutscher Lebensversicherungsgesellschaften auch im ersten Halbjahr dieses Jahres fortgesetzt.

Bei 50 (im Vorjahr 52) Gesellschaften waren Ende Juni dieses Jahres in der großen Lebensversicherung 2,6 Mill. Versicherungen mit einer Summe von 11,9 Milliarden Mark, in der kleinen Lebensversicherung 6,0 Mill. Versicherungen mit einer Summe von 2,6 Milliarden Mark in Kraft. Das sind zusammen 8,67 Mill. Versicherungen mit einer Gesamtsumme von 14,47 Milliarden Mark gegen

7,72 Mill. Versicherungen mit einer Summe von 13,55 Milliarden Mark Ende Juni vorigen Jahres.

Die Gesamtprämienanleihe ist von 320,9 Mill. Mark im ersten Halbjahr 1930 auf 339,8 Mill. Mark im ersten Halbjahr 1931 gestiegen. Ausgezahlt wurden in der Berichtszeit 154,4 Mill. Mark (zur gleichen Zeit des Vorjahres 93,7 Mill. Mark). Davon entfielen auf fällige Versicherungen 70,3 (33,0) Mill. Mark, auf Gewinnanteile 33,6 (25,0) Mill. Mark und auf sonstige Leistungen 50,5 (15,7) Mill. Mark. Die Kapitalanlagen (Wertpapiere, Hypotheken) haben sich von 2,24 auf 2,58 Milliarden Mark erhöht.

Um die Dresdner Bank.

Die Aktionäre werden unverschämt!

Wie jetzt bekannt wird, steht die Reichskreditgesellschaft mit der Verwaltung der Dresdner Bank in Unterhandlung über den Ankauf von 22,8 Mill. Mark Dresdner Bank-Aktien (Gesamtaktial 100 Mill. Mark). Es wird ein Uebertahmefurs von 75 Proz. genannt.

Bekanntlich findet am Sonnabend, dem 29. August, in Dresden die Generalversammlung der Dresdner Bank statt, in der die Erhöhung des Kapitals um 300 Mill. Mark durch Ausgabe von 7prozentiger Vorzugsaktion, die das Reich übernimmt, beschlossen werden soll. Der Ankauf des Stammaktienpakets durch die Reichskreditgesellschaft würde dem Reich bereits in der kommenden Generalversammlung mittelbar (d. h. über die reichseigene Reichskreditgesellschaft) ein bedeutendes Stimmrecht gewähren.

Nun hat sich eine Opposition von Aktionären gebildet, der anscheinend die Einflußnahme des Reiches auf die Bank unangenehm ist. Sie will das Kaufgeschäft Dresdner Bank-Reichskreditgesellschaft als ein Scheingeschäft ansehen; sie will vor allen Dingen dagegen anheben, daß die Vorzugsaktien unter gewissen Bedingungen am Gewinn beteiligt sind. Dabei verteidigt sie sich zu der Behauptung, das Recht auf Mehrdividende sei ein Geschäft ohne Gegenleistung.

Das heißt doch die Unverschämtheit auf die Spitze treiben! Hätte das Reich nicht so schnell eingegriffen, dann wäre der Kapitalanspruch der Dresdner Bank-Aktionäre wohl kaum erhalten geblieben. Vom rein geschäftlichen Standpunkte aus wäre es richtiger gewesen, die Dresdner Bank hätte eine Bilanz aufgemacht, in der die Verluste offen zutage getreten wären, die dann in erster Linie die Aktionäre zu tragen gehabt hätten. Wenn das Reich sich ohne Vorlegung einer solchen Liquidationsbilanz zu einer Beteiligung entschloß, bei der der Kapitalanspruch der Aktionäre erhalten blieb, so ist das nur mit Rücksicht auf die Größe der Bank und ihre Bedeutung im Wirtschaftsleben geschehen.

In den Aufsichtsrat der Dresdner Bank werden voraussichtlich im Austrage des Reiches Staatssekretär a. D. Dernburg, Direktor Ritscher (Reichskreditgesellschaft) und Direktor Bjerrmenges eintreten. Uns will scheinen, als Vertreter der öffentlichen Hand wählte man besser jemanden, der sich nicht wie der letztgenannte Herr so ausdrücklich gegen die Beteiligung der öffentlichen Hand ausgesprochen hat.

Die Sanierung der Orient-Bank.

Wie wir bereits mitteilten, übernimmt die Dresdner Bank die ägyptischen Filialen der Deutschen Orient-Bank A.-G. Berlin. Wie jetzt bekannt wird, mußte auch in diesem Fall das Reich mit sehr erheblichen Mitteln eingreifen. Das Reich hat der Dresdner Bank als Kredit-Schaffungsleistungen in Höhe von 15 Mill. Mark zur Verfügung gestellt, damit diese die ägyptischen Filialen wieder flüssig machen kann. Die alten Großaktionäre der Orient-Bank (in erster Linie Dresdner Bank und Danabank) haben von sich aus weitere 5 Mill. Mark aufgebracht. Aber auch hier hat man eine Konstruktion gewählt, die das Reich in erster Linie mit dem Risiko belastet. Das Reich nämlich erhält die Hälfte des zur Verfügung gestellten Betrages erst dann, wenn die 5 Mill. voll zurückgezahlt sind, so daß bei neuen Verlusten vor allem das Reich betroffen wäre.

Einschränkung des Weizenbaues in Argentinien. Die Unbaufläche in Argentinien soll für die kommende Ernte für 16 mtlliche Getreidearten um 1 030 000 Hektar verkleinert werden. Argentinisches Weizenerte dürfte daher im nächsten Jahr um 35 bis 40 Prozent geringer als in diesem Jahr sein.

Meißebegünstigungsabkommen zwischen Oesterreich und Rumänien. Zwischen Oesterreich und Rumänien ist ein Nebereinkommen abgeschlossen worden, in dem sich beide Länder gegenseitige Meißbegünstigung zusichern. Der Vertrag wird in Oesterreich durch Verordnung des handelspolitischen Ermächtigungsausschusses, in Rumänien durch königliches Dekret vorläufig in Kraft gesetzt.

Massenentlassungen im Waldenburger Gebiet. Die Reichsgrube in Dittersbach kündigt 1100 Arbeitern und 50 Beamten, so daß ab 8. September nur noch 1000 Arbeiter und eine entsprechende Anzahl Beamter beschäftigt sind.

China möchte amerikanisches Getreide auf Kredit kaufen. Die chinesische Regierung hat bei der Regierung der Vereinigten Staaten angefragt, welche Menge Getreide sie auf Kredit erhalten könnte, um den Opfern der kürzlichen Uebereemmungskatastrophe im Honkietal und in anderen Gebieten Chinas zu helfen.

Max Dortu: Granit in Spanien

Wir brechen Granit, im Gebirge Guadarrama. Ueber und ragt steil der Pico Penalara, der Spitze Berges, 2400 Meter hoch; umgibt von Steinadler. Im Süden breitet sich die Ebene, ein großer bunter Flecken drin — ist Madrid, mit seinen 800 000 Neu-Republikanern. Wir brechen Granit, Steinarbeiter vom freien Verband und von sozialer Partei: roten Granit, grauen Granit, silbernen getönten Granit. Unser Stein ist Freudenstein, unser Stein ist Siegesstein: wir brechen die Gebirgsrippen für das neue Volkshaus in Madrid. Das Volkshaus ist schon aus den Fundamenten herausgewachsen, es schaut schon mutig und stark in die Welt, über seinem breiten, graugrauen Lora stehen schon die vier Karyatiden, die Träger der neuen Welt — die Helden des sozialen Zeitalters. Aus rotem Granit, von unseren Genossen herausgemeißelt, von den Bildhauern, über dem Tore des Volkshauses in Madrid, die großen Tiere: Carmen, die Jakobinerin; Francisco Ferrer, der Revoltour von Barcelona, erschossen 1909; Karl Marx, der Denker, Jean Jaurès, der große Redner des europäischen Proletariats. Auf ihrem Rücken tragen diese Riesen, diese vier rotgranitenen Karyatiden — den Oberbau des Volkshauses, Balken und Terrasse. Das neue Spanien: frei, frei, endlich! Wir brechen Granit, im Senfengebirge, in der Sierra Guadarrama.

Senfengebirge, Scheideweg zwischen Alt- und Neu-Kastilien. Die Nordbahn zwingt sich durch hundert Tunnels hindurch — von Madrid nach Valladolid, Burgos, Santander und Bilbao in den Baskischen Provinzen, am Golf Biscaya. Bilbao, wir grünen dich, Stadt und Bezirk des roten Eisensteins — Granit und Eisenstein, die Basis der Republik Spanien. Granit und Stahl, Wille und Höhenflug!

Sierra Guadarrama, der Himmel drüber gläsern grün, die Sonne ein schwingendes Rad — und der Wind spielt Harfe in den Korkeichen, Pinien und Edelkastanien. Durchs Gebirge brausen die Wildbäche, über ihre Treppen von Granit und Gneis. Der Senfengraben: der Guadarrama, wild wie die einstigen Hirten und Krieger des Gebirges, die im Mittelalter ihre Freiheit gegen die Ritter und Mönche mit der getriebenen Sense verteidigten. Da unten am Hüchchen liegt die Stadt Guadarrama, alt: klein, grau, winkelig — kaum 1000 Einwohner. Der Fluss Guadarrama geht oberhalb Tolados in den gelben Steppenstrom Tajo, der bei Vissabon dem freiem Onkel Atlantik schäumend ans Herz springt. Der Sturm der Gebirge grüßt den Sturm der See. Steinadler: fliege, steige, freile!

Der Granitbruch im Senfengebirge. Wir Steinarbeiter wohnen in Baracken — aus Wellblech und Holz. Alles neu — alles lauter. Wir haben viel Zuwachs bekommen, Hilfskräfte aus Madrid, die erste Forderung war: Seid ihr organisiert? Ja. Nein. Die Nicht-organisierten sofort in die Steinunion eintreten, in den freien Verband. Si, Senor. Gut. Und nun seid treue Kameraden. Wir brechen Granit, fürs Volkshaus: roten, grauen und silbernen getönten Granit — Freude, die Schönheit des Steins.

Unser Bruch ist uralte, hier brachen schon die Kriegsklaven des herrlichen Rom — zur Zeit Cäsars und früher. Und die Goten brachen hier Granit, und die Araber haben hier Stein gebracht. Eine Kultur löste immer die andere ab — nur eines blieb beständig, der revolutionäre Funke im Stein — schlug den Stein, und der Funke springt — er weckt den Funken in euren Hirnen. Kulturen fliegen und fliegen — endlich stand immer die Freiheit, der Trieb zu neuem Beginnen. Freiheit ist Granit.

Hier in unserem Bruch haben die lastizianischen Fürsten und die Könige Spaniens Stein gelassen, Karl der Fünfte, Herr von halb Europa, brach hier aus dem Gebirge seinen graugrauen Palast Real in Madrid, Karl der Fünfte, Kaiser von Deutschland, König von Spanien, Herr von Oesterreich, von Italien, Grand-

seigneur der Niederlande und Fürst von Burgund und Beherrscher der reichen Kolonien in Amerika. Karl der Fünfte — wohin ging seine Macht? Nur seine Kirchen und Klöster lagen noch davon, von der Machtzeit Spaniens, im Jahrhundert zwischen 1500 und 1600. Kirchen und Klöster sind Monumente, Monumente der Zeit- und Weltgeschichte des mächtigen pfälzischen Spaniens. Heute ist die alte Herrlichkeit dahin — die Fürsten vertrieben, die Kirche vom Volkstaat getrennt, das Volk selber führt sein Geschick. Republik Spanien!

Ja — Kirchen und Klöster aus Granit, Baudenkmäler verunkelter Kulturepochen. Von unserem Gebirgsbruch aus sehen wir dahinter — die Geschichtsstadt Escorial. Ganz aus grauem Granit erbaut. Escorial, der Palast des Don Carlos, des Enkels Karls des Fünften. Don Carlos war ein Rebell, Schiller hat ihn gestiftet, Don Carlos rebellierte gegen seinen tyrannischen Vater Philipp II. Don Carlos starb im Kerker. Aber längst liegen sie alle vereint, Spaniens einstige Größen — in den Gräbern des riesigen Klosters San Lorenzo Escorial — im Leben Feind, im Tode Frieden. Vater und Sohn versöhnt, Philipp und Don Carlos.

San Lorenzo Escorial, das größte und glänzendste Kloster Spaniens — hier aus unserem Granitbruch ward es herausgemeißelt — wo sind die Kollegen? Die Steinbrecher und Steinbauer und Steinbildner des 16. Jahrhunderts? Frage doch nicht — du siehst doch, wo sie sind, die alten Kollegen, die Steinbrecher für Fürsten und Pfaffen — sie leben in den Quadern des Klosters Escorial, ihr Werk lebt — geschaffenes Werk stirbt nicht, selbst als Ruine spricht es noch lebende Sprache — hörst du den Sang der Pyramiden? Kgypten. 5000 Jahre.

Philipp II. begann den Bau des Klosters Escorial im Jahre 1563. Philipp lebte von 1527 bis 1598. Ein großes blühendes Reich hatte er von seinem Vater geerbt — vom fünften Karl — und was hinterließ Philipp? Den Zusammenbruch. Er hinterließ 100 Millionen Goldgulden Schulden — jeder Goldgulden nach heutigem Gelde 10 Mark, im Wertausgleich war damals aber ein Dukaten gleich heutigen 200 Mark. Nun berechnet Philipps Milliarden an Schulden? Er hatte sein Land und seine Länder durch Mißwirtschaft und Verschwendung völlig ruiniert. Pfaffen und Militär waren seine Mißschuldigen. Sein Großinquisitor verbrannte die Rebellenopposition zu Zehntausenden, in den Kerker feuerten schmerzlichen Juden, Araber und Christen. Alles was mit freier Sprache König und Kirche angriff — das ward verflammt! Und Herzog Alba, der Großgeneral Philipps, der zog mordend und brennend durch halb Europa — noch heute rauchen seine Blutspuren in Burgund, Italien und den Niederlanden. Schaurige Geschichte von Philipp — Gemalt und dennoch Untergang. Nachts töhnt es im grauen Granitgemäuer von Escorial. Die Seufzer einer vergewaltigten Menschheit. Schrecklich. Aber dies ist glücklich dahin, vorbei! Das Volk rang sich durch, Republik, Sozialismus — wir brechen Granit fürs Volkshaus Madrid. Im hohen Gebirge Guadarrama, Grenzseide zwischen beiden Kastilien.

Frühstück. Daht die Schlägel, Meißel, Stahlfäulen und Transportketten liegen. Frühstück. Erholung. Wir speisen. Biergläser und Haribrot und gefüllte Oliven. Wir trinken. Rotes Blut der Reben. Wir sprechen. Wir beraten. Und wie wollen wir es machen? Hier aus unserem Bruch ist der Companero Manuel der Fühligste, im Denken, im Reden, im Wissen und in der Kühnheit des Handelns, den Manuel schätzen wir als unseren Kandidaten in die Nationalversammlung, mit anderen Genossen soll er der geistige Granit im Kampfe um Spaniens neue Verfassung sein. Manuel, willst du? Ja, auch zuliebe.

Frühstück ist um. Companero, ans Werk. Frei steigt droben der Adler, um den Pico Penalara, so frei sei unser Geist.

Dr. Lily Herzberg: Gefährliche Autoabgase

Im Wochenbett, bei Krampfadern oder nach Operationen kann sich in einem Blutgefäß ein Gerinnsel bilden, ein Pfropf oder Thrombus, der das Gefäß verstopft und zur Thrombose führt. Wird ein solcher Pfropf durch den Blutstrom an eine andere Körperstelle geführt und verstopft dort wieder ein Blutgefäß, so spricht man von Embolie. Betrifft die Embolie das Herz, die Lungen oder das Gehirn, so kann plötzlicher Tod eintreten. Es ist darum nur zu begreiflich, wenn bei Operationen von den Ärzten nichts mehr gefährdet wird als das Austreten dieser gefährlichen, durch keine Vorsicht zu vermeidenden Embolien, und man versteht, daß die Chirurgen nur mit Umsicht die Tatsache verfolgen, daß in den letzten Jahren in allen Kulturländern die Zahl der Embolien nach Operationen in raschem Steigen begriffen war.

Eine Erklärung hierfür erschien zunächst unmöglich, die Verletzung stand direkt vor einem Rätsel. Indes wurde siederhaft daran gearbeitet, die Ursache dieser Erscheinung aufzuklären. Eine ganze Reihe von Einzeluntersuchungen wurden nun auch bekannt, die die Pfropfenbildung begünstigen, und die besonderen Dispositionen nach Alter, Geschlecht, Entstehungsort und allgemeiner Körperbeschaffenheit wurden aufgedeckt. Damit war aber die Ursache für die zahlenmäßige Zunahme der Verstopfungen in den letzten Jahren noch nicht geklärt, denn jene Faktoren waren auch in früheren Zeiten immer die gleichen. Es mußte also noch irgendeine gemeinschaftliche Schädigung zugrunde liegen, die während der letzten Jahre neu hinzugekommen war. Allerlei Annahmen, von denen manche bestehend waren, wurden aufgestellt, ohne daß eine sichere Entscheidung getroffen werden konnte, bis schließlich Professor E. Paug die Vermutung aussprach, daß besonders an Benzol- und Benzoldämpfe, die Staub- und Rauchplage und die Entwicklung schädlicher Dämpfe zu denken sei.

Auf Paugs Veranlassung wurden nun an der Chirurgischen Universitätsklinik in Leipzig die Thrombosefälle bearbeitet und es wurde festgestellt, daß die ganz überwiegende Mehrzahl der Fälle der Stadtbevölkerung angehört. Eine ganz wesentliche Veränderung in den äußeren Lebensbedingungen besonders der Großstadtbevölkerung während des letzten Jahrzehnts ist nun sicherlich die zunehmende Vermischung der Atemluft mit Autoabgasen. Dr. Kunze folgte daher der Anregung Paugs und stellte sich die Aufgabe, experimentell nachzuprüfen, ob durch chronische Vergiftung mit Autoabgasen eine erhöhte Thrombosebereitschaft zustande kommt. Als Versuchstiere wurden Ratten und Kaninchen benützt. Die Tiere wurden täglich in gasdicht schließende Käfige von 110 Liter Rauminhalt gesetzt. Dann wurden in die Käfige Abspuffgase geleitet. Die Gasmenge betrug zwei bis drei Liter und die tägliche Gaseinwirkung 20 Minuten bis eine halbe Stunde. Diese Vorbehandlung der Tiere dauerte 2½ Monate, dann wurden sie auf Thrombosebereitschaft untersucht. Durch eine Einspritzung in eine große Blutader wurde eine geringe Gefäßwandschädigung hervorgerufen, die indes hinreichte, von 15 vorherbehandelten Gasratten vier innerhalb von 24 bis 48 Stunden an Überverstopfung zugrunde gehen zu lassen. Von zehn vorher nicht mit Gas behandelten, aber genau in der gleichen Weise operierten Kontrolltieren starb kein einziges.

Es ist danach wahrscheinlich, daß wir in der zunehmenden Vermischung unserer Atemluft mit Autoabgasen, der der größte Teil der Großstadtbevölkerung zwangsweise ausgesetzt ist, den wichtigsten Faktor vor uns haben, der zu der Häufung der Thrombose- und Emboliefälle der letzten Jahre beigetragen hat. Das Rätsel, das den Ärzten seitlich Kopfzerbrechen gemacht hat, nähert sich der Lösung. Schwieriger zu lösen sein wird die Frage, wie wirksam Abhilfe zu schaffen sei, zumal nach Untersuchungen der jüngsten Zeit vermutlich auch die Zunahme des Lungenkrebses mit der Verschlechterung unserer Atemluft durch Abspuffgase zusammenhängt.

Max Bernardi: Das Gewürz der seligen Frau

Der Witwer Düppel hatte sich schon seit langem wieder verlobt. In aller Stille, wie man so zu sagen pflegt, denn wenn man erst einmal eine Ehe hinter sich hat, macht man von der zweiten kein großes Aufsehen mehr.

Leberhaupt bedeutet für einen Witwer ein neuer Ehestand kein großes Wagnis. Einerseits kennt man die Schikonen der Frauen und andererseits wird ihm die zweite Frau immer noch besser jeden Wunsch von den Augen ablesen wollen, als es der ersten Frau — Gott hab' sie segt — jemals gelungen war.

Böse Stiefmütter mag es schon geben, es sind aber fast immer sehr liebe Stiefgatten. Deshalb war es von Herrn Düppel ein wenig überflüssig, immer wieder von der Verstorbenen zu erzählen. Tote soll man ehren, aber mit einem Toten soll man keinen Lebendigen erschlagen. Es war für Fräulein Agathe bestimmt eine Kränkung, wenn Herr Düppel jede Gelegenheit zu einem diesbezüglichen Rückblick in die Vergangenheit wahrnahm.

Insbesondere beim Essen, um das sich Fräulein Agathe als Köchin bemühte, gefiel sich der Witwer in sonderbaren Lobsprüchen auf seine verbliebene Frau. In Lobsprüchen, die allemal in einen anzüglichlichen Vergleich mit Agathens Kochkunst hinausliefen.

„Hat sie denn wirklich so gut kochen können?“

„Besser als ich?“ war die zaghafte Frage.

„Besser als ich?“ war die zaghafte Frage.

Herr Düppel hatte es gelernt, diplomatisch zu antworten. Das ist bei einer Köchin — wenn es auch gleich die eigene Verlobte ist — stets angebracht. „Besser?“ fragte er, um Zeit zu gewinnen, „besser ist vielleicht nicht der richtige Ausdruck, liebe Agathe. Man kann gut oder schlecht, fade oder schmackhaft kochen, aber nicht besser.“

Die liebe Agathe merkte schon seit ihrer Verlobung — und das war lange her —, daß Herrn Düppel auch das liebevollste zubereitete Gericht nie so von ganzem Herzen schmeckte. Das war ihr begrifflicherweise ein großer Kummer. Sie war einst eine sehr geschickte Kochmamsell gewesen. Immer nur bei feinsten Herrschaften, versieht sich. Daß sie für diesen Witwer nicht zu kochen verstehen sollte, war eine Beschimpfung. Herrn Düppels Junge war eine ganz gewöhnliche Berliner Junge, die von Eisbein und Sauerkohl lebte.

Aber viel schlimmer als diese Kränkungen waren die nagenden Zweifel, die Fräulein Agathe nunmehr in die ernsthaften Absichten dieses Herrn Düppel setzen mußte. Wer würde denn auch im Ernst eine Frau nehmen, die nicht zu kochen versteht? Ein Witwer nicht. Fräulein Agathens Zukunft stand mit ihrer Köchinentätigkeit auf dem Spiel. In ihrer Heimat, in Böhmen, hätte man sie als Schönheitskönigin ausgerufen. Wohlverstanden, allein wegen ihrer unerreichlichen Prowid-Buchten. In Wien wäre sie Ehrenbürgerin geworden. Wegen ihrer wunderbaren Zweifelschönheit. In Ungarn hätte man sie verhaftet, weil sie das Geheimnis des Szegediner Galasch ergründet hätte. In Italien wäre sie von Mussolini empfangen worden. Nicht wegen der Kaktaroni, sondern wegen der Deutschen Beeslecks, die der Ministerpräsident befanntlich sehr hoch schätzte. In Frankreich wäre sie wahrscheinlich mit dem roten Bande der Ehrenlegion ausgezeichnet worden. Wegen ihrer

Majonaise. Und so weiter. Nur bei dem Witwer Düppel sollte sie ewig die Köchin bleiben, die sie war. Und ewig verlobt...

Begreiflich, daß Fräulein Agathe nichts unterließ, um Herrn Düppels Junge zu ergründen. Aber der vergräunte Witwer konnte ihr auch nicht helfen, so sehr er sich auch mit der Köchin in die Geheimnisse der Köchinentätigkeit vertiefte.

„Ich weiß nicht“, sagte er jedesmal achselzuckend, „irgendein Gewürz wird es wohl sein. Wahrscheinlich hat es meine Selige für immer mit ins Grab genommen.“

Na ja, so rückte die Zeit heran, und Fräulein Agathe und der Witwer bildeten noch immer kein Paar, wie es das bürgerliche Gesetzbuch vorschreibt. Das war ja auch vorauszu sehen gewesen.

Die gute Agathe rührte betrübt den Kochtopf. Reis war darin, italienischer Reis mit kleinen Apfelsüden. In Mailand hätte man Fräulein Agathe für diese Barbarei ausgewiesen. Aber weiter nördlicher, ah man nun einmal Apfelsüde sehr gerne. Herr Düppel mit Bonno.

„Ich will es heut einmal mit Muskatnuß versuchen“, überlegte Agathe, „vielleicht ist dieses Gewürz — — —“, sie wagte nicht den Satz zu Ende zu denken.

Von ferne läuteten Glöden. Möglicherweise wurde jemand zu Grabe getragen. Vielleicht war es aber auch eine Trauung. Fräulein Agathe seufzte zum Fenster hinaus. Tief unten im Hof spielte eine Drehorgel den neuesten Langowalzer.

Schnuppernd schlich der Witwer die Treppe empor.

Der Duft, den seine Nase gierig einsog, verstärkte sich mit jedem Treppenabgang. In wilder Hast legte er die letzten Stufen zurück. Riß die Tür auf. Eine dicke Wolke schlug ihm entgegen. In der Stube standen alle Fenster offen. Auf dem Tisch dampfte Apfelsüde. „Agathe!“ brüllte Herr Düppel.

In der Küchentür, in eine Dunstwolke gehüllt, erschien Agathe. Sie hielt beide Hände vor das schamrote Gesicht. Schluchzte in die Schürze. Der Reis war verbrannt, schrecklich angebrannt. Behar hatte schuld.

„Agathe!“ rief der Witwer und eckte auf sie zu. „Agathe, teure Agathe — du kochst wie meine — — — Frau...!“

Am letzten Sonntag feierten sie Hochzeit. Der Braten war scheußlich verbrannt.

Der bedeutendste japanische Romanschriftsteller ist Riokutai Batin, der mit 81 Jahren im Jahre 1848 starb, nachdem er zehn Jahre lang blind gewesen war. Er soll nicht weniger als 200 Werke geschrieben haben, das wären also bei höchstens 60 Arbeitsjahren etwa fünf Romane jährlich. Dabei umfaßt sein berühmtestes Werk „Der neue Rand“ 800 Druckseiten, während eine „Geschichte der acht Hunde“ sich über 3000 Seiten ausdehnt. Einzelne Romane hat Batin, der lange Schuhhändler und Schulmeister war, auch selber illustriert.

Polarhunde und Papageien bei uns

Im vorigen Jahr wurde ein Stück artlicher Welt in die bayerischen Alpen verpflanzt. Lappen zogen mit Rentieren und Polarhunden auf die Zugspitze, um dort die Tiere des hohen Nordens anzusiedeln. Einige Monate vorher was das Muffelwild, das einzige Wildschaf Europas, in den Subeten ausgelegt worden, wo es seitdem prächtig gedeiht. Die Einbürgerung von Tieren fremder Zonen in Deutschland ist nichts neues. Die Damhirsche, heute über ganz Deutschland verbreitet, sind vor Jahrhunderten aus dem Mittelmeergebiet eingeführt worden. Das Kaninchen, das in Wald und Heide, selbst mitten in den Städten, auf Friedhöfen, in Parkanlagen und an Bahndämmen in großer Zahl auftritt, stammt ebenfalls aus der Fremde. Als Haustier kam es aus Westeuropa zu uns, wo es bald verwilderte. In neuerer Zeit wanderte ein weit gefährlicheres Ragetier bei uns ein: die Bismartratte. Im Jahr 1905 waren mehrere Paare aus Kanada herübergeholt und im Schloßfeld von Dobrich in Böhmen ausgelegt worden. Ein paar Tiere suchten das Weite; von ihnen stammen die Tausende von Bismartratten ab, die an Dämmen und Deichen in Sachsen, Brandenburg und Schlesien schon großen Schaden angerichtet haben. Unaushaltig breitet sich dieser höchst unerwünschte Ausländer weiter aus.

Man hat versucht, auch fremde Vögel in Deutschland heimisch zu machen. Ende der neunziger Jahre ließ man aus dem Dresdener Zoologischen Garten mehrere Paare des farbenprächtigen roten Kardinals entweichen. Sie sollten die deutsche Vogelwelt bereichern. Obwohl sie sich im Gehege an das deutsche Klima gewöhnt hatten, bestanden sie das Experiment in der Freiheit nicht; man hat jedenfalls nie mehr etwas von ihnen gehört. In der Laufzeit versuchte einmal ein Landwirt, in seinem Park Kanarienvögel anzusiedeln. Sie bauten wirklich in Baum und Strauch ihre Nester, sangen ihre Lieder und waren vorsichtig genug, das schützende Revier des Parks nicht zu verlassen. Ein anderer Landwirt in der Laufzeit ließ in der Umgebung seines Hauses Mönchsittiche und chinesische Nachtigallen frei umherfliegen. Die „sächsischen Papageien“ richteten aber in den Obstgärten solchen Schaden an, daß der Landwirt seine Experimente bald aufgab.

Bessere Erfahrungen hat man mit dem Vogelwilde gemacht. Der farbenreiche schmackhafte Fasjan ist im Laufe der Jahrhunderte in Deutschland heimisch geworden. Ihn, der ursprünglich in den sogenannten Fasanerien der Fürstentümer zu Kurzweil und Sport gehalten wurde, findet man heute selbst im Weidbild einer Weltstadt wie Berlin. Unter Fasanerien versteht man heute Fasanenzüchtereien, wie sie in Böhmen und Ungarn in großem Ausmaße vorhanden sind. Im Gebiet der Donaumonarchie hat man auch mit dem Wildputzer, dem amerikanischen Vorfahren des Truthahns gute Erfolge erzielt. Vor 50 Jahren eingeführt, geht er besonders in Ungarn recht gut. Auch in Pommern, Ostpreußen und Thüringen wurden, nicht ohne Erfolg, Wildputzer ausgelegt.

Die deutschen Naturfreunde vertreten, sehr mit Recht, die Ansicht, daß fremde Tiere nicht in die deutsche Landschaft gehören, deren Bild sie geradezu verfälschen. Es kommt im Gegenteil darauf an, die einheimische Tierwelt in ihrer Bunttheit zu erhalten und Tiere, die ausgestorben sind, in Deutschland wieder heimisch zu machen.

Kulturabbau in Preußen.

Bedenkliche Pläne im Finanzministerium.

Die Sparpsychosen, die augenblicklich alle Welt beherrscht, wirkt sich in manchen Amtsstuben zu grotesken Vorschlägen aus. Es ist bekannt, daß unter den Opfern, die für die Einsparungspläne am meisten bluten müssen, sich das gesamte Schulwesen befindet. Mit drakonischer Strenge werden in den Gemeinden notwendige Schulbauten gedrosselt, die Unterrichtsmittel verknüpft, die Klassenfrequenz erhöht und dadurch die Unterrichtsqualität verschlechtert.

Aber damit ist es noch nicht genug. Im preußischen Finanzministerium geht man jetzt ernsthaft mit dem Plane um, die gesamte Volksschul-Lehrerschaft in die Gehaltsordnung niedriger einzustufen als es bisher der Fall war. Man will an den Lehrergehältern nicht nur diejenigen Kürzungen vornehmen, die auch andere Beamtenstufen treffen, sondern man will sie von der bisherigen Stelle der „mittleren gehobenen Beamten“, in der sie sich seit Konrad Haenischs Zeiten befanden, herunterstufen. Das würde nicht nur eine geldliche Verschlechterung bedeuten, sondern auch eine des Ansehens und der Geltung.

Es ist klar, daß ein solcher Plan den schärfsten Widerspruch bei allen Lehrern, bis ins letzte ostpreußische Dorf, hervorrufen muß. Aber nicht nur bei den Lehrern, sondern auch bei allen, die in einer gut geleiteten Volksschule mit freudig arbeitenden Lehrkräften eine wesentliche Grundlage unseres gesamten Bildungswesens sehen, werden von diesen Plänen im Bereiche Höpfer-Abschotts mit Befremden lesen. Höpfer-Abschott empfiehlt ja die Anwendung des Ausnahmeverfahrens bei noch viel größeren Dingen. Aber man darf wohl annehmen, daß er bei diesen gegen die Volksschule — nicht nur gegen ihre Lehrer — gerichteten Plänen doch soviel Widerstand findet, daß er sie von seinem Wunschzettel streichen muß. Man kann aus Spardoktrinarismus schließlich nicht die letzten Verbesserungen preisgeben, die seit der Revolution eingeführt wurden.

Kein Konflikt — aber . . . ?

Gegenüber der Meldung des „Berliner Tageblatts“, das im Zusammenhang mit den Plänen des preußischen Finanzministeriums von einem „schweren Konflikt“ im preußischen Kabinett sprach, wird folgende offizielle Mitteilung des Kultusministeriums verbreitet:

An dieser Meldung ist lediglich richtig, daß im Rahmen der bekannten allgemeinen Sparmaßnahmen in den beteiligten Ressorts Erwägungen über Umfang und Art weiterer Einschränkungen auch auf kulturellem Gebiet stattfinden.

Das heißt also, es besteht kein „Konflikt“, wenigstens kein „schwerer“. Aber besteht die Pläne oder nicht? Darüber etwas zu hören, wäre sicher interessanter, als das Ausmaß der Schwere von Meinungsverschiedenheiten, die kein „Konflikt“ sein dürfen.

Der Geist von Tuntenhäusen.

Held polemisiert gegen Reichsreform.

München, 23. August.

Am Sonntag fand in Tuntenhäusen die alljährliche Tuntenhäusener Bauerntagung statt, bei der Ministerpräsident Dr. Held eine zweistündige Rede zur politischen Lage hielt. Dr. Held betonte unter Hinweis auf die schwierige Finanzlage, daß Bayern immer noch keine Entschädigung für die Abtretung der Post und Eisenbahn erhalten habe. Wenn Bayern nicht seine eigene Notenbank gehabt hätte, so hätte man Anfang August die Gehälter nicht mehr auszahlen können. Während die Banken sanierete, habe Bayern 14 Tage überhaupt nichts überwiesen bekommen. Entschieden wandte sich der Ministerpräsident gegen die preußischen Pläne für die Reichsreform.

Bayern wehrte sich mit Händen und Füßen gegen die beachtliche Reichsreform. Die Herren in Berlin sollten bedenken, daß durch die Verwirklichung dieser Vorschläge die Rhein-Linie in voller Breite aufgerissen werde. Die Leute haben keinen Dunst davon, was sie mit solchen Plänen anrichten. Der Kampf werde von Bayern geführt bis zum äußersten. Für das deutsche Volk wäre es auch in seiner außenpolitischen Nachstellung ein Verhängnis, den zentralisierten Staat zu schaffen.

Der Ministerpräsident schloß: Ich habe eine Amtsaufgabe, ich bin an die Spitze des bayerischen Staates gestellt mit dem Auftrage, den bayerischen Staat im Deutschen Reich zu erhalten als selbstständiges Gebilde. Wenn ich diese Aufgabe nicht mehr erfüllen könnte, wäre es meine Pflicht, zurückzutreten. Solange ich aber an dieser Stelle stehe, werde ich sie erfüllen. Die Unitaristen in Preußen mögen bedenken, daß sie gegen die Reichsreform eine Reform anstreben und damit die Grundlage des Reiches zerstören.

Eine Volksbefragung in Deutschland lehnen wir ab. Wir in Bayern lassen nicht von den Neckenbürgern oder sonst jemand über das Schicksal Bayerns abstimmen. Was würden Braun und Seevering sagen, wenn wir in Bayern darüber abstimmen wollten, was aus Preußen werden soll? Der Ministerpräsident schloß mit der Hoffnung, daß wenigstens die süddeutschen Staaten eine Einheitsfront gegen die unitarischen Pläne bilden werden. Denn es komme alles darauf an, einen entsprechenden Gegendruck gegen die Unitaristen aufzubringen.

Bayrisches Uniformverbot rechtsgültig.

Nationalsozialistische Beschwerde abgewiesen.

München, 24. August. (Eigenbericht.)

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat das von der bayrischen Regierung erlassene Uniformverbot als rechtsgültig anerkannt und eine Beschwerde der Nazi-Partei gegen das Verbot abgewiesen.

Die Nazi-Partei wurde in ihrem Vorgehen durch den deutsch-nationalen Justizminister Göttinger unterstützt, der seine vom Gesamtkabinett abweichende Stellung in seiner Parteipresse öffentlich bekanntgab.

Datt Polen — Sowjet-Rußland. In Warschau wird amtlich erklärt: In Verfolg des seit dem Jahre 1926 zwischen der polnischen Regierung und der Regierung der Sowjetunion über den Richtungsangriff gepflogenen Meinungsaustausch hat der polnische Gesandte in Moskau Patok im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten den Entwurf der polnischen Regierung über den Richtungsangriff überreicht. Dieser Entwurf ist den durch das Inkrafttreten des Kellogg-Paktes im Jahre 1929 geschaffenen Bedingungen angepaßt.

Freigelassen wurde der Wiener Botaniker Binder und seine Frau, die von Simland her irrtümlich die russische Grenze überschritten hatten und verhaftet worden waren.

Rubrik: Mörder.



Nazisturm 33 trägt sich in das Buch der Geschichte ein.

Der Blutweg der Radikalen

Die Opfer des Reichsbanners

Die maßlose Heße der nationalsozialistischen und kommunistischen Presse hat eine Atmosphäre geschaffen, die sich in einer Anzahl von Ueberfällen, postfischen Bluttaten und Morden entläßt. Seit Monaten vergeht kaum ein Tag, an dem der geheime Straßenkampf nicht Opfer gefordert hätte. Wie stets seit den Tagen seiner Gründung steht auch jetzt wieder das Reichsbanner im Kreuzfeuer der Radikalen von rechts und links. Die folgende Aufzählung zeigt den erschreckenden Umfang, den allein in den letzten Wochen die heimtückischen Ueberfälle auf Reichsbannerkameraden genommen haben:

In Lübben

wurden am 27. Juli, abends, mehrere Jungbannerkameraden in der Hauptstraße von 25 bis 30 mit Knüppeln und Dolchen bewaffneten Nazis überfallen. Drei Jungbannerkameraden wurden schwer verletzt, ein nichtorganisiertes Jugendlicher erhielt einen Messerstich. In Lübben ausmüchtige SA-Leute festgesetzt wurden, dürfte der Ueberfall organisiert worden sein.

Am 8. August wurden in

Berlin am Wartburgplatz

4 Reichsbannerkameraden von 50 Nationalsozialisten angegriffen. Als die Kameraden die Rowdys aufforderten, sie nicht zu belästigen, schlugen einige der Burken einen der Kameraden mit einem Knüttel derartig, daß er das Bewußtsein verlor. Der verletzte Kamerad wurde in die Charité gebracht, wo festgesetzt wurde, daß Glasplitter von seiner Brille in die Augen gedrungen waren und die Hornhaut verletzt hatten. Es ist zweifelhaft, ob das Augenlicht dem verletzten Kameraden erhalten werden kann.

Am 8. August überfielen in

Berlin-Reinickendorf

in der Residenzstraße 40 Kommunisten acht Kameraden des Reichsbanners. Der Kamerad Weß erlitt Kopfverletzungen und eine schwere Gehirnerschütterung, so daß er ins Reinickendorfer Krankenhaus gebracht werden mußte.

Am 9. August überfielen in

Berlin

Nationalsozialisten im Alter von 16 bis 18 Jahren mehrere Reichsbannerleute, die Flugblätter verteilten. Ein Kamerad erlitt einen schweren Schädelbruch, er wurde in bedenklichem Zustande ins Urban-Krankenhaus gebracht.

Am 9. August wurde in

Berlin in der Petersburger Straße

ein Kamerad von Kommunisten überfallen und am Halse durch Messerstiche schwer verletzt. Das Alter der Verbrecher liegt zwischen 16 und 18 Jahren.

Auf dem Heimweg von der Verfassungsfeier wurden in

Finow (Märk)

zwei Kameraden von Kommunisten, die bereits im Lokal zu stören versucht hatten, überfallen. Einem der beiden Kameraden wurde das Kniebein zertrümmert.

Am Sonntag, dem 9. August, vormittags gegen 11 Uhr, kam ein Trupp von acht Nazis in voller Bundeskleidung mit Koppel und Schulterriemen in die

Siedlung von Lagow

und riß Reichsbannerplakate von den Lichtmasten ab. Nach Aussage von Augenzeugen verboten sich das die Reichsbannerleute. Bei dem sich entwickelnden Wortwechsel wurde der Kaufmann Feodor Sendel jun. aus Lagow mit einem Gabelbesteck tödlich und verletzte die Reichsbannerleute Müller und Leuz an den Armen. Der Reichsbannermann Müller wurde dann im Verlaufe der weiteren Auseinandersetzungen hintertäts von dem Knecht des Landwirts Adolf Bode aus Petersdorf mit einem feststehenden Messer in den Rücken gestochen. Das Messer ließ der Worbube stecken, es sah sieben Zentimeter tief zwischen Wirbelsäule und Schulterblatt. Müller, der im Reiterkrankenhaus liegt, hat durch den Stich eine Lähmung der Blase, der Harns sowie der Beine davongetragen. Die Lähmungen sind dadurch eingetreten, daß das Rückgrat verletzt und ein Nervenstrang durchschnitten wurden.

Nachdem bereits am 9. August

in Guben

Reichsbannerleute und Mitglieder der Arbeiterjugend von Nazis und Jungstahlhelmen überfallen worden waren — u. a. wurden junge Mädchen von ihnen geschlagen — kam es nach der Verfassungsfeier zu neuen Zwischenfällen. Heimkehrende Festteilnehmer wurden vor der „Goldenen Krone“ von etwa 30 Personen angepöbeln. An der Reichsbrücke wurde die Frau eines Reichsbannerkameraden angegriffen. Als der Rohling zur Rede gestellt wurde, fiel aus einer

Gruppe von Jungstahlhelmen ein Schuß, ohne jemanden zu treffen. Bei dem Versuch, den Schützen festzuhalten, wurde ein Reichsbannerkamerad mit einem harten Gegenstand über die linke Hand geschlagen.

In Küstlin

nimmt der Terror der Nazis bedenkliche Formen an. Am Verfassungstag wurde der von drei Polizeibeamten begleitete Festzug am Stern von 30 bis 40 mit Knüppeln bewaffneten Nazis angegriffen. Es kam zu einer wüsten Prügelei. Am Mittwoch darauf wurde ein Jungbannerkamerad an der Oderbrücke angefallen, und am Donnerstag trieben sich die Nazis wieder truppweise in der Stadt herum. Am Rolkeplatz standen 80 Mann plötzlich zwei Polizeibeamten gegenüber. Die Beamten wurden als „Bluthunde“, „Nordbanditen“ und „Kote Hunde“ beschimpft und konnten sich die Bedränger nur mit der Pistole in der Hand vom Leibe halten.

In Saftenberg

gerieten am Nachmittag des 9. August mehrere SA-Leute mit einem Unbekannten in Wortwechsel. Ein Trupp Reichsbannerleute beobachtete diesen Vorgang von weitem. Plötzlich erschienen etwa 25 offenbar durch Radfahrer benachrichtigte SA-Mitglieder und Jungstahlhelmer im Dorf. Sie rissen unterwegs Jauntaten ab und kürzten sich auf die Reichsbannerleute, die sich bis dahin vollkommen ruhig verhalten hatten. Die Reichsbannerleute legten sich natürlich zur Wehr und es gab auf beiden Seiten Verletzte.

Am 14. August fand

in Prichwall

im Lokal Salzweid eine Mitgliederversammlung des Reichsbanners statt. Nach Schluß der Versammlung blieben 18 Kameraden beim Kartenspiel im Lokal zurück. Als vier Jungbannerkameraden vor die Tür traten, bemerkten sie 12—15 Radfahrer, die ohne Licht fuhren. Als einer der Jungbannerkameraden ausrief „Seht, die fahren alle ohne Licht“, sprang plötzlich einer der Radfahrer vom Rad und packte den Jungbannermann Blache. Dieser setzte sich zur Wehr, der Angreifer wollte flüchten, wurde aber festgehalten. Die sofort benachrichtigte Polizei nahm den jungen Mann, der mit gelbem Hemd und Schulterriemen bekleidet war und das Naziabzeichen trug, mit zur Wache. Kurze Zeit darauf sammelten sich vor dem Lokal eine Anzahl Nazis an, die die im Lokal Anwesenden auf das Gemeinste beschimpften. Mehrere Male wurden Steine sowie ein Stück eines Hufeisens durch die Fenster in das Lokal geworfen. Gegen 3 Uhr nachts nahm das Treiben der Nazis derartig bedrohliche Formen an, daß Polizei und Landjäger mit dem Summnüttel die Straßen räumen mußten. Erst gegen 4 Uhr morgens konnten die in dem Lokal versammelten Reichsbannerleute den Heimweg antreten.

Gelegentlich eines Stahlhelmtreffens

in Lehnin

sprangen am 16. August einige Stahlhelmer aus dem Zug heraus und stürzten sich auf zwei vor dem Hotel „Zur Post“ auf dem Bürgersteig stehende Reichsbannerleute, auf die sie einschlugen und denen sie die Abzeichen entrißen. Einer der Schläger wurde vom Landjäger als der Lehrer Adolf Sepach aus Berlin-Dahlem festgesetzt. Am Spätnachmittag wurde einem weiteren Reichsbannerkameraden das Abzeichen entrisen.

Am 17. August, 23.15 Uhr, überfielen

in Cucknwalde

in der Nähe des Parkrestaurants 15 bis 20 Nazis eine Gruppe von Arbeitern. Die Reichsbannerleute Rothbarth und Graf wurden verletzt. Der letztere erhielt einen Stich in die rechte Brust und liegt im Krankenhaus schwer darnieder.

Diese Verlustliste kennzeichnet die Vermilderung und Verlierung, die im politischen Kampf in Deutschland Platz gegriffen hat. In Berlin selbst kann naturgemäß bei politischen Ereignissen durch die außerordentlich bewegliche Polizei rasch eingeschritten werden. Was sieht es aber in der Provinz, auf dem Lande, in der Kleinstadt aus.

Die zahlenmäßig schwache kommunale Polizei und die Landjäger sind meist gar nicht in der Lage, wirksam einzuschreiten, vielmehr auch bei der Verletzung der persönlichen Interessen nicht gewillt, es zu tun. Man drückt in solchen Fällen beide Augen zu, um Schreibereien, Gerichtsverhandlungen und persönlichem Ärger zu entgehen. Der Einfluß der Ortsgewaltigen ist stark und das zuständige Ministerium ist weit! Nicht selten aber sympathisieren in dem Lande und in der Kleinstadt die Exekutivorgane mit den Radikalen, und es ist nur zu oft vorzukommen, daß sie die Angreifer schonen und gegen die Angegriffenen mit Anzeigen vorgehen. Unter solchen Umständen muß natürlich in republikanischen Kreisen der Eindruck entstehen, daß sie schuglos jeder Willkür preisgegeben sind.

Verbrecher am Werk!

KPD. will die Gewerkschaften zertrümmern.

Eine Sitzung des Zentralkomitees der KPD. hat in Konsequenz des faschistisch-putschistischen Kurzes des gegenwärtigen Führers Heinz Neumann den Beschluß gefaßt, das beim Volksentscheid eingegangene Bündnis mit den Gelben und den Nazis auch auf den gemeinsamen Kampf gegen die freien Gewerkschaften auszudehnen und die Agitation für „Massenaustritt und Beitragsperre“ zu betreiben. Die im Interesse des Scharfmachertums handelnden Herrschaften im heutigen ZK. der KPD. lassen nach der Niederlage vom 9. August die letzte Hülle ihrer Arbeiterfeindschaft fallen. Haben sie doch ihren etwa noch in der Partei verbliebenen Mitgliedern unter Zurückspielen von der erst kürzlich ausgegebenen Parole Losowskis: „Hinein in die Gewerkschaften!“ — die Durchführung folgenden Beschlusses zur Pflicht gemacht:

„Der Einfluß der Lohnabbaugewerkschaften, des ADBB. muß zerbrochen werden, um den Hauptanschlag gegen die Sozialdemokratie zu führen. Wir geben die Parole aus: Im Volksentscheid ging es gegen das Breitenbrotwerk der kapitalistischen Ausbeuter — jetzt geht es gegen das Gewerkschaftsbrotwerk der kapitalistischen Ausbeuter. Wir verstärken unsere Arbeit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, um die gemeingefährlichen Verbrecher an der Spitze des ADBB., die als bezahlte Unternehmeragenten immer neuen Lohnraub und Massenereignisse organisieren, einflußlos zu machen. Die Lohnabbaugewerkschaften stehen vor einer schweren Krise (Mitgliederflucht, 500 000 Anhänger haben den ADBB. im letzten Jahr verlassen, die Beiträge gehen nicht mehr ein, die Unterstützungszahlungen an Verbandmitglieder werden um 30 Proz. und mehr abgebaut, Arbeiterbund und gewerkschaftliche Wirtschaftsbetriebe stehen vor dem völligen Bankrott). Die Bestrebungen breiter Mitgliedermassen und ganzer Bezugschaften zur massenhaften Beitragsperre müssen kräftig unterstützt und zum Uebertritt in die KPD. gefördert werden.“

Dieser neueste Dolchstoß gegen die organisierte Arbeiterschaft kommt einem Verzweiflungstreich größtensinniger Abenteurer gleich. Den Neumann, Kemmele und Konforten steht das Wasser bis zur Kehle. In ihrer geistigen Verwirrung versuchen sie, die Reste ihrer Organisation aufzupuffen und dem Faschismus in die Arme zu treiben. Ohnmächtige Wut und satanischer Haß gegen die Arbeiterbewegung spricht aus diesem Beschluß, der ein Dokument kaum zu überbietenden Klassenverrats darstellt.

Die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die Arbeiterbank haben es nicht nötig, auf die lächerlichen Lügen der KPD. zu antworten. So dumm wie sie, wagen nicht einmal die Naziblätter zu lügen. Was den Arbeiterunternehmungen und den sozialistischen Organisationen von diesen traurigen Burschen angedichtet wird, das besteht in der Tat bei der KPD. Ihre Unternehmungen sind im Bankrott. Selbstverständlich werden die Parolen auf Beitragsperre und zum Austritt aus den Gewerkschaften ebenso lässlich scheitern, wie der bisherige Versuch der KPD., ihre KPD. aufzurichten.

Die oppositionellen Kommunisten sind über den wahnwichtigen Beschluß der kommunistischen Zentraleitung ganz entsetzt. So schreibt die Tageszeitung der Brandlergruppe u. a.: „Was hier die KPD.-Führung ihren Mitgliedern anweist, ist ein Verbrechen an der ganzen Arbeiterklasse. Ueberhaupt, aber ganz besonders in der jetzigen Situation — in der das Großkapital und der Faschismus die letzten Kräfte ansetzt, um die Tare und damit die Gewerkschaften zu zerstören —, zur „Beitragsperre“ und „Zerbrechung der Gewerkschaften“ aufzufordern, das heißt die Geschäfte der schlimmsten Scharfmacher und Klassenfeinde zu besorgen, heißt dem Proletariat den Dolchstoß zu verlegen.“

Wie lange noch?

Was die KPD. den Arbeitern immer noch zu bieten wagt.

Der Ausgang des Konflikts der Gemeindegewerkschaften hat bei Freund und Feind berechtigtes Aufsehen erregt. So sehr die Arbeiterschaft es bitter empfindet, daß man bei den notwendigen Einsparungen immer wieder zuerst an sie herantritt, so herrscht doch im allgemeinen Befriedigung darüber, daß es gelungen ist, den Angriff auf die Existenzgrundlage der Gemeindegewerkschaften zum wesentlichen Teil zurückzuweisen.

Die reaktionäre Presse gibt der Enttäuschung des Unternehmertums unumwunden Ausdruck. So schreibt das Leitblatt des Vorsitzenden der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die „Berliner Börsenzeitung“, in ihrer Sonntagsausgabe:

„Das Kompromiß bedeutet zweifellos einen beträchtlichen Erfolg der Gewerkschaften.“

dem ein ebenso erhebliches Zurückweichen der Regierung gegenübersteht. Mag man in Regierungskreisen auch formaljuristische Argumente konstruieren, wonach den Bestimmungen der Rotorordnung vom 5. Juni in dem obigen Kompromiß Genüge geschehe: praktisch handelt es sich doch um eine Durchbrechung der Rotorordnung.“

„Wahrscheinlich äußert sich das Schwesterblatt der „Börsenzeitung“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Wir registrieren die Äußerungen, weil sie ziemlich unverfälscht die Eutankung und den Unmut der Scharfmacher im Unternehmerlager widerpiegeln.

Noch viel unzufriedener als die Scharfmacher sind ihre Helfershelfer in der sogenannten kommunistischen Partei. Es ist bezeichnend für die Haltung dieses von verbrecherischen Abenteurern gereichtammelten Konglomerats von Unzufriedenen und Unreinen, daß die kommunistische Presse während der Verhandlungen, die für die deutsche Arbeiterklasse von größter Tragweite waren, nichts anderes zu sagen wußte, als die Gemeindegewerkschaften gegen ihre Vertrauensleute in der gemeinsten und niederträchtigsten Weise zu verheizen. Wie immer wurde

eine verbrecherische Heße gegen einzelne Personen

geführt. Wir erinnern nur daran, daß das kommunistische Berliner Arbeiterblatt u. a. die Behauptung aufstellte, Genosse Ortman sei gleichzeitig Mitglied der Verhandlungskommission des Reichsarbeitsgeberverbandes und des Gesamtverbandes. Tatsächlich gehörte Genosse Ortman weder der einen noch der anderen Kommission an.

Es ist schon zuviel Arbeiterblut geflossen, zu oft haben die Ränderbanden der KPD. von den Waffen, die ihnen in die Hand gedrückt werden, Gebrauch gemacht, als daß man diese bewußt verlogene Heße noch leicht nehmen darf. Wir gestehen hier ein, daß wir während der ganzen Verhandlungen es vermieden haben, die Namen der verdienstvollen und energiegelassen Vertreter der Gemeindegewerkschaften zu nennen, weil wir sie nicht der Gefahr aussetzen wollten, von einem fanatisierten Kontrahenten gemeuchelt zu werden. Wir gehen gewiß nicht so weit, zu verlangen, den Personennamen innerhalb der Arbeiterbewegung so weit zu treiben, wie es in Sowjetrußland üblich ist.

Wer dort wagen würde, ähnlich gegen Stalin oder sonst einem „Bonzon“ der Sowjetdiktatur zu reden oder zu schreiben, wie es die Kommunisten gegen die gewählten Vertrauensmänner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland tun, der könnte sich darauf gefaßt machen, kurzerhand erschossen zu werden.

Der Majestätsbeleidigungsparagraf der Vorkriegszeit war das reine Kinderpiel gegen die in Sowjetrußland heute geübte Praxis. Ist es aber nicht beschämend, daß man es heute in Deutschland wagen darf, die Vertrauensleute der Partei und der Gewerkschaften, die seit Jahrzehnten im nervenzerschütternden Kampfe für die Rechte der Arbeiterschaft stehen, als Verräter, Verbrecher usw. zu beschimpfen! Die organisierte Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, daß sie mit diesen Gemeinheiten selbst getroffen wird.

Was wissen die Führer und die Genasführten der KPD. den Gemeindegewerkschaften nun zu raten? In der Sonntagsausgabe des Blattes, das als Ersatz der „Akten Jahne“ deren Lesern zugefleht wird, steht als Überschrift: „Wer verhandelt — verrät!“ Vielleicht hat der Artikelschreiber an die KPD. der Berliner kommunistischen Blätter gedacht, als er dieses schrieb. Bekanntlich hat die KPD. mit der Geschäftsleitung verhandelt mit dem „Erfolg“, daß

der Lohn der kommunistischen Zeitungsaussträger um 33 Proz. herabgesetzt

worden ist. Zum Dank ist jetzt der Vorsitzende der KPD. fristlos entlassen worden.

Vielleicht hat er auch an die kommunistischen Betriebsräte der Buchdrucker in den kommunistischen Zeitungsdruckereien gedacht, die als „Hilfe für die Erwerbslosen“ eine Gratisarbeit von sechs Stunden wöchentlich vereinbart haben.

Auf derselben Seite des kommunistischen Blattes wird ein „Kampfpapier der revolutionären Gewerkschaftsopposition“ veröffentlicht, der mit folgenden Worten schließt: „Heraus aus den Betrieben! Es lebe der Streik der Gemeindegewerkschaften!“ Auch die „Welt am Abend“ in ihrer Montagsausgabe weist auf der ersten Seite auf diesen Aufruf hin und verweist dann die Leser auf die dritte Seite, wo zu der Angelegenheit eingehend Stellung genommen werde. Zum Schluß heißt es in diesem Artikel (auf der dritten Seite): „Die Gemeindegewerkschaften werden zum 31. Oktober rüsten müssen, sonst wiederholt sich das Spiel vom 22. August noch einmal.“

Der Gemeindegewerkschaftler, der bisher auf das Geschrei der Kommunisten noch gehört hat, mag nun sehen, wie er sich aus der Affäre zieht.

Soll er nun streiken oder soll er mit dem Streik bis zum 31. Oktober warten?

Wir übergehen die sonstigen Schwindelnachrichten, die von der kommunistischen Presse in die Welt gesetzt wurden. Zum Beispiel wurde da von einer Versammlung der Arbeiter der Städtischen Gaswerke erzählt, die während der Arbeitszeit stattgefunden hätte und entsprechende „Kampfbeschlüsse“ gefaßt habe. Tatsächlich hat eine derartige Versammlung nie stattgefunden.

Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft gegen diese auf Lüge, Verleumdung und persönliche Verheerung aufgebaute Verbrecherpolitik Front macht. Der Kampf, den wir zu führen haben, ist zu schwer und zu ernst, als daß wir es noch weiter dulden dürfen, die Arbeiterschaft durch ein Freibeutertum niedrigster Art verheizen und irreleiten zu lassen.

Ein Sabotage-Versuch.

Bruch der Vereinbarung im Gemeindegewerkschaftskonflikt.

Die Vereinbarung über die Lohnregelung für die Gemeindegewerkschaften enthält eine Bestimmung, nach der bei Arbeitszeitverkürzungen entstehende Härten auszugleichen seien, d. h., daß in derartigen Fällen die Lohnminderung nicht in vollem Umfange eintreten soll.

Bei den Verhandlungen über die Neuregelung der Gemeindegewerkschaften für den Bezirk Thüringen, die gestern stattfanden, wurde den Unterhändlern des Gesamtverbandes erklärt, der Bezirksarbeitgeberverband habe von seiner Zentrale in Berlin die Anweisung erhalten, die Anwendung dieser Bestimmung zurückzuweisen. Vielmehr solle gefordert werden, in den Orten, in denen die Arbeitszeit verkürzt worden ist, zur 48 stündigen Arbeitszeit zurückzukehren.

Es hat somit den Anschein, daß eine derartige Anweisung an alle Bezirksarbeitgeberverbände ergangen ist. Es braucht nicht erst betont zu werden, daß ein Versuch, die Vereinbarung zu sabotieren, ein Spiel mit dem Feuer ist. Weder die Gemeindegewerkschaften noch der Gesamtverband sind gewillt, über die von ihnen zugestandenen Opfer hinauszugehen. Ein Bruch der Vereinbarung durch den Reichsarbeitsgeberverband oder einen seiner Bezirksverbände würde die ernstesten Konsequenzen haben.

Zunächst wird es Sache des Reichsarbeitsministeriums sein, den Reichsarbeitsgeberverband zur Ordnung zu rufen. Auch das Reichsarbeitsministerium kann einen derartigen Affront nicht hinnehmen.

Gehaltstarif im Ruhrbergbau verlängert.

Nachdem bereits im Juli unter dem Vorsitz des Schlichters für Weisfalen, Professor Dr. Brahn, zwischen dem Zechenverband und den Angestelltenorganisationen eine Vereinbarung getroffen wurde, in Anbetracht der ungeklärten wirtschaftlichen Verhältnisse die Gehalts- und Rahmentarifverträge für die lauf-

männlichen und technischen Angestellten des Ruhrbergbaues für einen Monat zu verlängern, teilt der Zechenverband nun den Gewerkschaften mit, daß er bereit sei, die bestehenden Gehalts- und Rahmentarifverträge um einen weiteren Monat, bis zum 31. August, unverändert bestehen zu lassen. In dem Schreiben wird weiter bemerkt, daß dieses unter Beibehaltung des grundsätzlichen Standpunktes geschehe, daß für die Zechen unbedingt eine erhebliche Erleichterung in den Selbstkosten dringend erforderlich sei.

Nachbrotverbot und Reichswirtschaftsrat.

Was die Gewerkschaft dazu sagt.

Zu dem in der Sonnabendausgabe erschienenen offiziellen Bericht über ein Gutachten des Reichswirtschaftsrates zum Nachbrotverbot wird uns vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter geschrieben:

Es entspricht nicht den Tatsachen, daß der Ausschuss einstimmig der Ansicht war, daß eine Aufhebung des Nachbrotverbots nur dann in Frage kommen könne, wenn dadurch eine wesentliche Verbilligung des Brotpreises herbeigeführt wird. Der Ausschuss des RWK. hat im Gegenteil den Antrag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, der ihm vom Reichsarbeitsministerium zur Begutachtung überwiesen wurde, mit 6 gegen 6 Stimmen abgelehnt und hat somit dem Ansuchen der Konsumvereine, auf Zulassung der Nachtarbeit in den Großbäckereien nicht stattgegeben. Der Grund, der ihn dazu veranlaßte, war, daß durch die Zulassung der Nachtarbeit in den Großbäckereien eine wesentliche Senkung des Brotpreises nicht in Frage komme. Von den Genossenschaften wurde eine Senkung des Brotpreises um 5 Proz. zugestanden bei Zulassung der Nachtarbeit und bei Herstellung sämtlicher Waren in den Nachtstunden, desgleichen, wenn kein Ausschlag für die Nachtarbeit in Frage kam.

Die Brotfabrikanten machten sogar sehr wesentliche Einschränkungen dahingehend, daß beispielsweise in Berlin die fünfprozentige Preisentlastung nicht auf den niedrigsten Preisstand für Brot erfolgen würde, sondern auf die Kalkulation der einzelnen Betriebe. Aber auch eine Preisermäßigung von 5 Proz. würde für die Ausgaben für Brot eines Arbeiterhaushalts so minimal sein, daß damit keine Entlastung eintritt.

Der Ausschuss des RWK. wird bestimmt mit seinem Gutachten auf Zulassung der Vorarbeit von 2 Stunden in allen Bäckereibetrieben keine Freude beim Zentralverband Deutscher Konsumvereine ausgelöst haben. Sehr richtig wurde bereits vom „Vorwärts“ bemerkt, daß dadurch praktisch die Nachtarbeit für die Kleinbetriebe freigegeben ist. Nach einer vom Bäckereiverbandsrat aufgenommenen Erhebung über die Beschäftigtenzahl in 93 378 Innungs- und Einzelbetrieben 17 561 Betriebe ohne Gesellen und Lehrlinge, 15 444 Betriebe mit einem Lehrling, 4218 Betriebe mit 2 Lehrlingen, 72 587 mit 1 bis 5 Gesellen, 6 bis 10 Beschäftigte weisen nur 1734 Betriebe, 11 bis 20 nur 254 Betriebe auf und 21 und mehr Bäckergehilfen sind nur in 42 Betrieben vorhanden.

Daraus ist die Auswirkung des Gutachtens vom RWK. zu ersehen. Der RWK. hat in vollständiger Verkennung dieser Tatsachen einen „Sieg“ für die schwachen Handwerksbetriebe herbeigeführt. Daß sich einem solchen Gutachten die Arbeitervertreter nicht anschließen konnten, ist selbstverständlich. Die Konsumgenossenschaften können den unruhiglichen Erfolg für sich buchen, mit ihrer starken Einstellung gegen das Nachbrotverbot der Sozialreaktion einen unschätzbaren und sicherlich unerhofften Dienst geleistet zu haben.

Der Gehaltsabbau in Polen.

Warschau, 24. August. (Dt.-Expres.)

Die Unzufriedenheit und die Erregung, die sich infolge des Beamten- und Gehaltsabbaues unter den Kommunalbeamten Polens geltend machen, kam gestern bei einer Unterredung zwischen dem Vizeminister des Innern, Korjak, und einer Deputation des Verbandes der städtischen Angestellten zum Ausdruck. Die Delegierten beklagten sich besonders über die eingetretene Unsicherheit der Verhältnisse, da die Beamten in der Befürchtung weiteren Abbaus leben müßten. Der Vizeminister sprach sich zwar gegen einen mechanischen Personalabbau aus, betonte aber, daß seiner Ansicht nach die 15prozentige Gehaltsherabsetzung nicht nur auf die staatlichen, sondern auf die Kommunalbeamten anzuwenden sei.

„Im Westen nichts Neues.“

Der Film „Im Westen nichts Neues.“ läuft nur noch ab 28. August 1931: Tempo-Lichtspiele, Berlin D., Simon-Dach-Str. 12; Regina-Lichtspiele, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 95. Ab 4. September 1931: Rudow-Lichtspiele, Berlin-Rudow, Bandstr. 32.

Erwerbstlose erhalten gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises und der Stempelkarte Karten zum Vorzugspreise von 50 Pf. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Berlin.

Offizielle Ausdehnung der Schmelzarbeit am Mittwoch, 26. August, 20½ Uhr, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates, Bellevuestr. 7. Thema: Fort mit den gewerkschaftlichen Schmelzarbeitern. Es sprechen: Rolf Weh, Kurt Hattenstein. Freie Aussprache. Eintritt frei. Einen Massenbesuch erwartet die Schmelzarbeit der Reichsaktion Gesundheitswesen im Gesamtverband, Aliale Berlin.

Achtung, OB.-Ausdrucker! Heute, Dienstag, 12½ Uhr, wichtige Besprechung aller arbeitslosen Parteigenossen bei Schwenz, Annenstr. 44.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Wilmersdorf:** Gruppenheim Adlershof, Bismarckstr. 1, Berliner Damer: „Uns kann keiner.“ — **Schöneberg:** Jugendheim Riederhölzchenweg, Berliner Str. 31 (Röhdenstraße im Keller). **Spandau:** Jugendheim Altfingertstr. 44, Zimmer 5. **Genossenschaften in der Krise.** — **Gewerkschaftsbund:** Engelstr. 24-26, Saal 11. **Die transsylvanische Gewerkschaftsbewegung.** — **Wilmersdorf:** Jugendheim Wilmersdorferstr. 5, 2 Treppen, Zimmer 11. **Disziplinabend:** Warum bin ich organisiert? — **Neu-Schöneberg:** Jugendheim Gumbertstr. 44. **Der Kampf der Jugend.** — **Frankfurter Allee:** Jugendheim Gumbertstr. 16. **Schlichter der heutigen freien Gewerkschaften.** — **Schöneberg:** Jugendheim Riederhölzchenweg 44 (Röhdenstr.). **Ab 19 Uhr:** Moderne Jugendverhüllung am Schützen. — **Tempo-Lichtspiele:** 53-54 (Spatzstr.), Jugendabend, 53-54 (Spatzstr.), Jugendabend, 53-54 (Spatzstr.). **Alte Kämpfer** fallen den Abend aus. — **Steglitz:** Jugendheim Frennstr. 18. **Reichsaktion:** Jugendgruppe des Zentralverbandes der Schmelzarbeiter; Jugendheim Große Frankfurter Str. 16, Zimmer 16. **Reichsaktion:** „Reichsaktion Schmelzarbeiter.“ — **Jugendabteilung der Schmelzarbeiter:** Uebermittelt umgehend die Anmeldungen!

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute findet folgende Veranstaltung: **Schöneberg:** Jugendheim Gumbertstr. 44, Kofenabend. **Wilmersdorf:** Jugendheim Schützen, Str. 18-19, Freizeitspaß. **Der Sport- und Kampfsportklub** führt ab 20 Uhr in der Turnhalle, Auguststr. 20, zu der Verbandssportveranstaltung im Lehrereinkaufsverein. **Spiel im Freien** ab 18 Uhr Sportplatz Tiergarten, im Schützenpark, auf der Wiese 7 im Tempower Park und ab 19 Uhr Tempower Feld, Flugplatzringang. — **Recht** auch für die Volkshilfsabteilung für die arbeitende Jugend im Jugendsekretariat.

Verantwortlich für Politik: **Walter Schiff;** Wirtschaft: **G. Klingelbäcker;** Gewerkschaftsbewegung: **S. Schirmer;** Kultur: **Dr. Joh. Schütz;** Politik und Entlastung: **Reinhold Kautz;** Musik: **Ed. Glöck;** Literatur: **W. Berlin;** Sport: **W. Berlin;** G. m. b. H. Berlin. **Druck:** Reichsaktion-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1, **Stempel 2** Berlin.